Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

21.6.1892 (No. 138)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 2 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechtspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Kaiserstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 138. Dienstag, den 21. Juni 1892.

Zur Frage der allgemeinen Kirchensteuer,

nebst Plänkeleien mit den Abgg. Fieser und Kiefer und einem größeren Zusammenstoß mit dem Abg. Rüdt.

Rede des Abg. Wacker,

gehalten in der allgemeinen Debatte über die Kirchensteuer.

Ich stehe dieser Gesetzesvorlage sehr kühl gegenüber und befinde mich dabei in zahlreicher katholischer und wie ich glaube beachtenswerther Gesellschaft. Wenn ich „Ja" sage, so geschieht es nur in dem Sinne des bekannten, bei Ihnen aber nicht sehr beliebten „tolerari posse." Wenn heute oder morgen das Gesetz zu Stande gekommen sein wird, soweit es von der Entscheidung der Zweiten Kammer abhängt, so wird es mich weniger mit Freude erfüllen als irgend eine andere Gesetzgebungsarbeit, welche diesen Landtag hindurch uns beschäftigt hat. Und wenn etwa von jener Seite des Hauses mit Aussicht auf Erfolg ein Ansturm auf das Zustandekommen des Gesetzes gemacht worden wäre, so hätte ich mich kaum zum Worte gemeldet, selbst wenn ich Aussicht gehabt hätte, mit meinem Eintreten für das Gesetz dasselbe zu retten. Unsere Kirchenbehörde spielt dieser Gesetzgebungsarbeit gegenüber auch keineswegs die Rolle eines drängenden Elementes, sondern die Rolle des gedrängten. Und wenn die Hoffnung des Herrn Kultusministers sich erfüllt, die nach seiner Mittheilung auch die Kirchenbehörde ihrerseits hegt, daß das Gesetz praktisch zur Ausführung kommt, dann wird nicht sie es sein, die Ursache hat, von Erfolg zu sprechen; dann wird es der Herr Referent in dieser Angelegenheit sein, der sich ebenso angelegentlich wie ausdauernd bemüht hat, diesen Erfolg zu erzielen.

Ich will damit keineswegs bestreiten, daß für unsere katholische Kirche ein dringendes, sehr dringendes Bedürfniß sogar nach umfangreicheren Mitteln vorhanden ist. Dieses Bedürfniß ist da und es kann in Zukunft nur noch größer werden. Allein die Bedürfnisse unserer katholischen Kirche waren für die Faktoren, welche zu diesem Gesetze hingedrängt haben, gewiß nicht das ausschlaggebende Element. Wenn es diese allein oder auch nur vorwiegend gewesen wären — das ist meine vollste Ueberzeugung —, dann wäre nicht so sehr zu diesem Gesetze hingedrängt worden. Nun wird das Bedürfniß der katholischen Kirche anerkannt; es ist in sehr freundlicher Weise geschehen. Das hat mich mit einiger Verwunderung erfüllt. Vor wenigen Tagen haben wir über eine Specialfrage berathen, über welche heute der Herr Abg. Frank und seinem Beispiele folgend auch der Herr Abg. Kirchenbauer sich mir so sympathisch und gerecht ausgesprochen haben. Da hat die Regierung, vertreten durch den Herrn Kultusminister, nicht in gleichem Sinn von dem konstatirten speciellen Bedürfniß gesprochen und auch für den Herrn Berichterstatter war dieses Bedürfniß keineswegs nachgewiesen.

Die Rede des Herrn Berichterstatters von gestern hat außerordentlich schön geklungen, sie war schön zum Anhören; einzelne Stellen der Rede des Herrn Abg. Kiefer von heute ja nicht weniger. Nun, meine Herren! ich gehöre nicht zu denen, welche vergessen, was gestern war und morgen wieder kommen kann, falls es sich nicht auch heute zeigt. Und wenn ich ganz und gar übersehen wollte, was die vergangenen Jahre uns erzählen, so mühte sich mir ja die Erinnerung an ganz andere Klänge aufdrängen, die wir erst vor wenigen Tagen aus dem Munde desselben Berichterstatters zu hören bekamen, als auch von der katholischen Kirche die Rede war. Ich will das aber nicht weiter fortspinnen, denn ich will nicht unnöthiger Weise — wenn wir ein Mal ausnahmsweise vor einer Gesetzgebungsfrage stehen, welche die Kirche berührt und dabei nicht in heftige Kollisionen mit derselben kommt, — ich will nicht meinerseits dazu beitragen, die Gefahr zu vergrößern. Aber ich glaube Anlaß zu haben, wenigstens diese Bemerkung zu machen. Es war ja sehr schön — und das hat auch durch die Rede des Herrn Abg. Kiefer durchgeklungen — zu hören, welches Interesse für die Aufgaben, die Stellung und die Rechte der Kirche — auch der katholischen — bei den Herren obwaltet. Nun, wir wollen sehen — vielleicht wird uns ja schon in der nächsten Zukunft eine andere katholisch-kirchliche Sache beschäftigen — wie es dann lauten wird.

In der Rede des Herrn Abg. Kiefer hat mich am meisten in Erstaunen versetzt, daß er so außerordentlich leicht den Weg zum „Ja" diesem Gesetze gegenüber gefunden hat, nachdem er in so rückschrittlicher Form — ich glaube mich nicht zu stark auszudrücken — wegen einer Sache, die in meinen Augen im Verhältniß zum Ganzen eine Bagatelle-Sache ist, nicht nur zum „Nein" gekommen, sondern dazu, der Kommission die Sache vor die Füße zu werfen. Indessen ist das eine Sache, die vor Allem den Herrn Abg. Kiefer selber angeht. Zwei Bemerkungen von ihm fordern mich aber zu einer kurzen Gegenbemerkung heraus. Er hat von Geistlichen gesprochen und dabei mich citirt, als Antwort auf eine Zwischenbemerkung. Meine Herren! Ich habe seiner Bemerkung nur entgegenzuhalten, daß ich hoffe, niemals, so lange der Herr Abg. Kiefer, was ja kaum zu erwarten ist, nicht ein wesentlich anderer geworden ist als Politiker wie als Christ, den Erwartungen zu entsprechen, die er von einem katholischen Geistlichen hegt. Da müßte ich doch Alles über Bord geworfen haben, was andere Leute von mir als katholischen Geistlichen erwarten müssen, um den Erwartungen des Herrn Abg. Kiefer zu entsprechen.*) Wir sind es an ihm gewohnt, theologische Exkursionen mitmachen zu müssen, ob wir wollen oder nicht. Und nun hat er ausgeführt, Staat und Kirche haben die gleiche ethische Aufgabe; sie steuern nur auf verschiedenem Wege denselben ethischen Ziele zu. Ich bemerke dazu nur kurz! Respekt vor dieser Theologie! Respekt sogar vor diesem Christenthum!

Dem Herrn Abg. Rüdt muß ich zum Schlusse noch einige Bemerkungen widmen. Der Herr Abg. Kiefer hat auch heute wieder ihm und seiner Rede von gestern Lob gespendet. Das ist nicht mehr verwunderlich; der Herr Abg. Rüdt ist gewohnt, die Komplimente von jener Seite lächelnd einzuheimsen. Er hat dessen Rede maßvoll genannt und keinerlei Einschränkung gemacht. Das Zeugniß wird also allen Theilen der Rüdt'schen Rede gelten. Nun, meine Herren, das ist für mich ein Beweis dafür, wie wenig der Herr Abg. Kiefer dazu veranlagt ist, das zu verstehen, was uns bezüglich unserer Kirche und unserer eigenen Stellung als Katholiken verletzen kann. Denn der letzte Theil der Rüdt'schen Rede war in hohem Maße verletzend für den Katholiken, aber auch für den Nichtkatholiken, wie Sie den Ausführungen des Herrn Kirchenbauer entnommen haben.*)

Der Herr Abg. Rüdt hat sich darauf berufen, daß er auch Etwas von der katholischen Kirche kenne. Nun, es ist hier nicht der Ort, näher zu erörtern, was der Eine von der katholischen Kirche versteht und der Andere nicht versteht. Nachdem er sich aber darauf berufen hat, muß mir die Gegenbemerkung gestattet sein, daß nach seinem Auftreten in einzelnen Fällen hier in diesen Räumen und nach seinem häufigeren Auftreten außerhalb der Räume dieses Hauses zu schließen, er vielleicht von der katholischen Kirche früher dieses oder jenes gelernt haben mag, sicherlich aber inzwischen sehr viel vergessen hat. Von besonderem Verständniß ist kaum eine Spur; und gelernt hat er höchstens die ächt socialdemokratische Art, über die katholische Kirche und einzelne Institutionen derselben ebenso anstandswidrig wie ungerecht und wahrheitswidrig sich auszusprechen — wahrheitswidrig: subjektiv natürlich nicht, das durfte ich nicht sagen, wenn ich auch wollte; wahrheitswidrig objektiv genommen, im Widerspruch mit der Wahrheit stehend.

Von allen Seiten dieses Hauses ist betont worden, daß wir vor der Erledigung einer wichtigen Gesetzgebungsarbeit stehen. Meine Herren! Wenn das wirklich der Fall ist, dann ist es doch in hohem Maße verletzend, wie der Herr Abg. Rüdt sich in Ausdrücken ergangen hat, sobald er auf die katholische Kirche zu sprechen kam — vorher hatte er einiges Verständniß dafür, daß eine sachliche Sprache angemessen ist. „Es ist nicht katholisch, sich in die Karten schauen zu lassen." Er hat den „pastor fidelis animarum fidelium" citirt; er hat von „frommen Schäflein" gesprochen ꝛc. Das mag der Herr Abg. Rüdt in socialdemokratischen Versammlungen sagen. Aber wenn wir vor einer Gesetzgebungsarbeit stehen, in der es sich um Interessen nicht nur der katholischen, sondern auch der protestantischen Kirche handelt, da ist es für mich in hohem Maße verletzend und in meinen Augen unwürdig, ohne jeglichen Anlaß in solchen Ausdrücken sich zu ergehen.

Rüdt: Sie sind hier schon viel verletzender gewesen als ich.

Wacker: Dann konnten Sie mir auch erwidern, wie ich Ihnen heute erwidere. Ob ich es war, weiß ich nicht.

(Fortfahrend): Der Herr Abg. Rüdt nimmt die Citation des „pastor fidelis" mit einem Lächeln entgegen. Gi! Der Herr sollte doch nicht so mit „Pastor" um sich werfen; er ist ja seit einiger Zeit selbst unter die Pastoren gegangen, allerdings nicht unter die „pastores fideles".

Rüdt: „animarum infidelium".

Wacker: Dort gehören Sie hin.

(Fortfahrend): Ich stehe dem Herrn Abg. Strübe, auf dessen Kosten der „pastor fidelis" citirt wurde, nicht nahe genug, um ihm Anwaltsdienste leisten zu wollen; er wird sie wahrscheinlich auch nicht brauchen. Es geht auch nicht an, den „pastor" Strübe auf seine „fidelitas" zu prüfen oder die „animae fideles". Aber diese Bemerkung war nur unmittelbar an die Adresse des Herrn Abg. Strübe gerichtet, mittelbar an Alle, die dem geistlichen Stande angehören, vor dem der Herr Abg. Rüdt natürlich großen Respekt hat. Nun, ich denke, unsere „animae fideles", die uns für „pastores fideles" halten, die dürfen den Vergleich aushalten mit den „animae fideles", die dem Herrn Abg. Rüdt und anderen Vertretern der Socialdemokratie Glauben und Vertrauen schenken. Und unsere „fidelitas", sofern wir in kirchlicher Beziehung „pastores" sind, darf auch dem Vergleich mit der „fidelitas" des Herrn Rüdt und anderer Socialdemokraten nicht aus dem Wege gehen.

Die katholische Kirche spielt nicht mit Karten, Herr Kollege Rüdt! Nein! Dagegen spielt die Socialdemokratie mit Karten, die sie sehr verschieden mischt, je nachdem sie da oder dort ihr Programm entwickelt. Aus eigener Erfahrung spreche ich — ja Herr Kollege Rüdt, erheben Sie nur drohend den Finger, ich stehe zu Diensten — sie führt eine verschiedene Sprache und Sie selber haben es schon bewiesen. Sie haben heute angekündigt, Sie werden nach Zähringen kommen. Vollführen Sie das möglichst bald! Ich bin aber fest überzeugt, daß der Socialdemokrat Rüdt in Zähringen ein ganz anderer „pastor fidelis" sein wird, als er es etwa drunten in Mannheim wäre. Auch er hat schon sehr verschiedene Sprachen geführt.

Rüdt: Aber nicht auf dem Kirchhof in Zähringen.

Wacker: Den Platz können Sie auswählen. Auf dem Friedhof werden Sie mich wahrscheinlich nicht finden, aber auch andere Zuhörer nicht. Im Uebrigen können Sie die Stätte auswählen; ich werde Ihnen nicht hindernd in den Weg treten, eine solche zu finden.

(Fortfahrend): Mir selber ist es schon passirt; wenn ich eine Sammlung veranstaltet habe von dem, was die socialdemokratischen Autoritäten in ihren Schriften niedergelegt haben und klare und unzweideutige Antworten derselben auf verschiedene Fragen beisammen hatte, dann kommen die Herren und zeihen Einen noch der Unwahrheit. Aber nur einem Publikum gegenüber thun sie das, auf welches solche Citate einen abschreckenden Eindruck machen.

Der Herr Abg. Rüdt hat gestern mit einem ganz ausgesprochenen Pathos von dem Volke gesprochen, das an die Thore der Kirche poche.

Nun, dieses Pathos sind wir ja gewohnt; es ist auch das Wesen, die Hauptsache in verschiedenen Reden des Herrn Abg. Rüdt gewesen. Das ist auch eine socialistische Art und socialistisches Kartenspiel. Im Princip lautet ihre Parole: Volk, aus der Kirche heraus! In der Praxis aber — und das lebhafte Interesse, das der Herr Abg. Rüdt für den Zähringer Friedhof und Nehmiches an den Tag legt, spricht ja dafür — heißt es: Volk, hinein! — natürlich, um Ordnung zu schaffen!

So viel meine Herren als Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Rüdt.

Ich schließe nun mit dem, womit ich begonnen habe. Kühl, „kühl bis an's Herz hinan" stehe ich dieser Vorlage gegenüber. Diejenigen, denen es Freude macht, ein „Ja" zu vernehmen, werden von meiner Seite die Freude erleben. In Konsequenz dieses Standpunktes werde ich aber auch gegen Alles auftreten, was dazu angethan ist, bei der Ausführung dieses Gesetzes irgend ein Odium auf die Kirche, nicht bloß auf meine, sondern auch auf die andere, abzuwälzen. Das Odium soll da bleiben, wohin es gehört!

Auf die einzelnen Bestimmungen will ich mich in diesem Stadium der Berathung nicht einlassen. Einmal gehört es streng genommen nicht zur Generaldebatte und zweitens habe ich mit Ihnen den Wunsch, daß wir an das Ende der Generaldebatte kommen möchten.

Der Abg. Rüdt stellte sich höchlichst überrascht über diese Antwort. Er wollte gar nicht begreifen, daß Abg. Wacker ihm das „pastor fidelis animarum fidelium" übel nahm und ließ sehr grobes Geschütz gegen ihn spielen. Namentlich warf er ihm Verletzung der Wahrheit vor und behauptete, Wacker gehöre nicht zu den Geistlichen, die er respektiren könne. Letzterer erwiderte ihm darauf:

„Wenn der Herr Abg. Rüdt gestern in der Weise über die Kirche und speciell über die katholische Kirche gesprochen hätte, wie heute sein Fraktionsgenosse Dreesbach gethan hat, so hätte ich keinen Anlaß gehabt, auch nur mit einem Wort mich mit ihm zu beschäftigen, am allerwenigsten persönlich. Ich kann das ganze Haus zum Zeugen anrufen, daß er lediglich im Tone des Spottes . . . . .

Rüdt: eine maßvolle Rede gehalten hat.

Wacker: Ja: „eine maßvolle Rede gehalten hat"!

Fortfahrend: lediglich im Tone des Spottes, sobald er auf die katholische Kirche und ihre Organe zu sprechen kam. Das brauchen wir uns von Niemanden gefallen zu lassen, wenigstens nicht von dem Herrn Abg. Rüdt und Männern seiner Art. Es lag auch absolut kein Anlaß vor. So steht es noch lange nicht, daß die Leute, die er unter dem Titel „animae fideles" im Auge hat, sich wegen dieser Eigenschaft vor Jemanden zu schämen haben; am allerwenigsten, ich wiederhole es, vor dem Herrn Abg. Rüdt. Und so oft er sich herausnehmen sollte, ohne jede Provokation — er war ja der erste — in diesem Tone zu sprechen, so oft wird er von mir eine entsprechende Antwort bekommen.

Rüdt: Ich habe dem Herrn Strübe gegenüber diese Bemerkung gemacht.

Wacker: Ich habe Sie sehr gut verstanden.

Rüdt: Sie verstehen aber manchmal falsch.

Wacker: Und hat nicht der Herr Abg. Rüdt zuerst gesagt, er wolle nicht auf einen groben Klotz einen groben Keil setzen? Ich überlasse es dem Urtheile des Hauses, in wie weit die Ausführungen, die er mir nachher gewidmet hat, etwa nicht als grob und unbescheiden zu bezeichnen waren.

Rüdt: Nur die Lumpen sind bescheiden.

Wacker: Deßhalb wollen Sie es nicht sein!

Fortfahrend: Er behauptet, es sei mir Unwahrheit nachgewiesen worden. Dies läßt einen fatalen Schluß darauf zu, wie er selber die Wahrheit in diesem Hause vertritt. Es ist mir nachgewiesen worden — ich war derjenige, der nicht erst des Nachweises bedurfte —, daß ich einen Herrn an der Ministerbank falsch verstanden habe. Das Mißverständniß lag so auf der Hand, daß man nicht mit einem Worte darauf zurückkommen sollte. Aber eine wahrheitswidrige Presse setzt den Vorwurf fort, ich sei auf eine Unwahrheit ertappt worden. Es kann dem Respekt vor dem Herrn Abg. Rüdt von meiner Seite nicht erhöhen, wenn er diesen Vorwurf hier erhebt, da er doch Zeuge des Vorganges war und Zeuge der nachfolgenden Erklärung.

Er hat nachher in ziemlich langer Ausführung die Geistlichen unterschieden in solche, die seine Achtung verdienen und in solche, welche sie nicht verdienen.

Meine Herren, ich gehe nicht zu weit, wenn ich namentlich auf Grund seiner heutigen Bemerkungen erkläre: ihm geht jegliches Verständniß dafür ab, was den katholischen Priester als achtungswerth erscheinen läßt. Und ich würde jeden katholischen Priester von Grund des Herzens bedauern, wenn er Werth legen würde auf die persönliche Achtung des Herrn Rüdt. Darauf möge er beurtheilen, welchen Werth ich darauf lege.

Rüdt: Umgekehrt ist auch gefahren.

Wacker: Ich habe Ihnen noch nie geschmeichelt.

*) Zwischen dem Abg. Kiefer und dem Abg. Wacker hatte sich während der Rede des ersteren folgendes Zwiegespräch herausgebildet:

Kiefer: Ich habe auch zu denen gehört, die nicht wollen, daß der Staat unter das Joch der einen oder der anderen Richtung komme.

Wacker: Nur unter das der Kiefer'schen Richtung!

Kiefer: Der Herr Abg. Wacker gehört zu denjenigen Geistlichen, die mir so erscheinen, wie der Geistliche nicht sein soll.

Wacker: Darüber haben Sie gar kein Urtheil.

Kiefer: Darüber habe ich ein Urtheil, dem ich sehe Sie täglich im Hause vor mir und habe ein Bild aus dem, was Sie in öffentlichen Blättern schreiben.

Wacker: Sie lesen es ja nicht. (So hat Kiefer schon versichert.)

Kiefer: Ich bin Abonnent des „Badischen Beobachters".

*) Der betreffende Abschnitt lautete:

„Was die katholische Kirche weiter anbelangt, so glaube ich, daß sie diese Steuer besser entbehren kann, da sie bedeutend reicher ist und von dieser Steuer eigentlich absehen müßte, wenn sie mit ihren Prinzipien konsequent wäre. Eine solche Steuer ist mir, der ich doch in katholischen Dingen auch etwas Kenntniß habe, gewissermaßen inkonsequent, da sie den katholischen Prinzipien nicht entspricht. Die Laien so mir nichts dir nichts in die Karten sehen zu lassen, ist nämlich nicht katholisch. Es ist nicht entsprechend den betreffenden Prinzipien, ich möchte sagen das antiaristokratisch-tyrannische Regiment, welches die katholische Kirche in ihren inneren Verwaltungsangelegenheiten beobachtet, durch Laienelemente, wenn auch nur in beschränktem Maße durchkreuzen zu lassen; ich glaube, daß dies nicht römisch-katholisch ist.

Ich möchte damit nur beweisen, wie allmählig weder Staat noch Kirche dem demokratischen Andrang widerstehen kann, der sich in allen Jahrhunderten und namentlich in unserem Jahrhundert überall bemerkbar macht. Ich bin fest überzeugt, wenn einmal die Kirche an den Geldbeutel, den Steuerbeutel des Volkes anklopft, daß dann auch die katholische Kirche nicht widerstehen kann, wenn die Laienelemente an die Kirchthür klopfen und sagen: wir wollen nun auch einmal mitrathen und mitthaten, wenn wir mitzuzahlen haben. Und insofern glaube ich gewiß, wird dieses autoritäre hierarchische Element der Kirche unterworfen.

Ich komme nun noch zum dritten Punkt und das ist die prinzipielle Stellung, welche wir dieser Gesetzgebung gegenüber einnehmen. M. HH.! Sie kennen Sie längst. Unsere prinzipielle Stellung ist die, daß sobald einmal der Kirche das Recht eingeräumt ist, eine allgemeine Kirchensteuer zu erheben und dieses Recht auch durch Staatsgesetz autorisirt worden ist, wir vor der Frage stehen, ob nun auch bald die Zeit herankommen wird, daß nun der Staat mit der Kirche gar nichts mehr in der Richtung zu thun hat. Und dies würde ich im höchsten Grade begrüßen. Ich stehe eigentlich auf diesem Standpunkt abweichend von dem Herrn Strübe, der natürlich als früherer „pastor fidelis animarum fidelium" (Ruf: Sehr gut!) auch noch heute das Recht der Kirche zu wahren bestrebt ist. Ich habe von meinem Standpunkt aus die Ueberzeugung, daß die Kirche mit dem Staat absolut nichts zu thun hat, weil ich glaube, daß die Religion keine Staatssache, sondern eine Privatsache ist und sein muß. Nun, wir haben dann die Hoffnung, daß, sobald der erste Schritt gethan ist, sich noch weitere Konsequenzen anschließen werden und wir schließlich zur vollständigen Trennung von Kirche und Staat kommen.

Was mich besonders bedenklich bei dieser Vorlage macht, ist, daß der Kirche der Arm des Staates bei Eintreibung der Steuer geliehen werden solle. Daß man die Gendarmerie in den Dienst des Himmels stellt, das ist mir unsympathisch. Ebenso unsympathisch ist mir, daß man die politischen Steuerexekutoren verwenden will, um die Kirchensteuer einzutreiben. Ich hätte geglaubt, das überläßt man dem Kirchenrechner u. dergl., die mit den frommen Schäflein gemüthlicher umkommen werden als der Grünrock."

Deutschland.

Berlin, 19. Juni.

Die Ratifikationen des Handelsvertrages mit Italien werden heute ausgetauscht. Der Vertrag tritt demnach Nachts 12 Uhr in Kraft.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das dem Bundesrathe vorgelegte Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz nebst der beigefügten Denkschrift.

— Die neue Militärvorlage anlangend bemerkt die „Kreuzzeitung" zu der Nachricht der „Freis. Ztg.", daß die Vorlage nunmehr im preußischen Kriegsministerium vollständig ausgearbeitet sei: „Wir glauben, daß diese Nachricht wohl um 1 Jahr verfrüht sein dürfte." Die „Kreuzzeitung" hätte sich freilich wohl etwas klarer ausdrücken können; ihre Bemerkung läßt aber keine andere Deutung zu, als daß die neue Militärvorlage noch nicht in der nächsten, sondern erst in der zweitnächsten Session eingebracht werden soll. „Sie kommt — sie kommt nicht," — wozu dieses Geduldspiel?

— Nach der „Köln. Volksztg." fanden am 13. und 14. Juni im Reichsversicherungsamte in Berlin Konferenzen der einzelnen Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten über die Einführung einer Statistik statt, auf Grund deren nach Ablauf einer zehnjährigen Beitragsperiode darüber beschlossen werden könnte, ob die Höhe der Beiträge abzuändern sei. Ferner wurde berathen über die Anlegung des Vermögens der Versicherungsanstalten, besonders in Grundstücken, über Förderung der Unterstützung der Wohlfahrtseinrichtungen, Arbeiterwohnungen ꝛc. und schließlich über die Versicherungspflicht ausländischer Schiffer während ihrer Fahrten auf inländischen Gewässern.

C.P.C. Der sächsische konservative Parteitag, welcher mit so lauten Posaunenstößen als ein Ereigniß ersten Ranges gefeiert wurde, hat rasch von seinem Nimbus verloren. Auch konservative Blätter erklären jetzt, mit dem Parteitag sei es nicht weit her. Der „Reichsbote" und die „Dresdener Nachrichten" haben Zuschriften von bestbeligten Konservativen gebracht, aus denen erhellt, daß trotz alles Klimperns in der Presse Enttäuschung das Hauptergebniß gewesen ist. Herr v. Friesen hat eine 2½stündige Rede verlesen, vor der die meisten Zuhörer davon gelaufen sind. Wer Herrn v. Friesen im Reichstage hat reden hören, wird ihnen das nicht allzu schwer verübeln. Zur Besprechung, zum Aussprechen blieb dann gar keine Zeit und Lust mehr, und so wurden die langathmigen und verschwommenen Thesen, welche vorher Niemand gekannt, also auch nicht hatte prüfen können, ohne ernstliche Erwägung angenommen. Der „Reichsbote" hat auch selbständig Kritik an der Versammlung geübt und gefunden, daß die Thesen nicht viel Greifbares enthalten und für die Partei und das Parteiprogramm wenig fruchtbar gemacht werden können, sowie, daß die vielbeschriebene materialistische Weltanschauung doch nicht bloß bei Juden und Socialdemokraten zu finden sei. Eine Zuschrift aus Sachsen versucht heute, das Blatt eines Bessern zu belehren und insbesondere darzuthun, daß der Parteitag doch kaum in der Lage und berufen gewesen sei, anders zu handeln und zu beschließen, als er gethan. Er habe nicht ein neues Programm zu schaffen, sondern nur einen Antrag auf Abänderung des alten zu

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

begründen gehabt. Der „Reichsbote" bleibt indeß dabei, daß mit allgemeinen Lobsprüchen über das, was geschieht, nicht geholfen sei, sondern nach bestem Wissen und Gewissen die Wahrheit gesagt und auf Fehler hingewiesen werden müsse, damit die auf die Berufung von Parteitagen und Revision des Programms abzielende Bewegung ein fruchtbares Ergebniß für die Partei haben möchte.

— Frhr. v. Stumm erklärt in der „Westdeutschen Allg. Ztg.", es sei unrichtig, daß der Kaiser ihm gegenüber jemals Aeußerungen gethan habe, welche schließen ließen, daß er die Verunglimpfungen Bismarck's in gewissen Blättern mißbillige. Das genannte Blatt fügt hinzu, damit falle die von ihm bekämpfte Meinung, als ob der Kaiser an eine ernsthafte Aussöhnung mit Bismarck gedacht habe, in ihrem letzten Halt zusammen.

— Fürst Bismarck passirte auf der Reise nach Wien heute Nachmittag 5½ Uhr den hiesigen Anhalter Bahnhof. Am Bahnhofe wartete eine große Menschenmenge, darunter viele Damen mit Blumen. Der Fürst wurde mit Zurufen begrüßt. Das Lied „Deutschland über Alles" wurde abgesungen. Auf den Fürsten und auf das Brautpaar wurden Hochs ausgebracht.

— Einem bei der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft eingegangenen Telegramm zufolge ist Oskar Baumann am 12. April in Kabelo am Victoria Nyanza-See eingetroffen.

— Wie die „Neisser Zeitung" meldet, sind von Emin Pascha Briefe in Reihe eingegangen, welche vom März bis Dezember 1891 datiren und die unsäglichen Mühsale, den Hunger und den Verrath der mitgegangenen Aequatorialleute schildern.

Königsberg i. Pr., 18. Juni. Die „Deutsche landwirthschaftliche Gesellschaft" wählte in der heutigen Hauptversammlung zum nächstjährigen Präsidenten den Prinzen Ludwig von Bayern.

Dresden, 18. Juni. Fürst Bismarck traf um 8.52 Uhr hier ein. An der Spitze der Abordnung der städtischen Behörden hielt Oberbürgermeister Stübel die Begrüßungsrede. Bismarck dankte für die hohe Auszeichnung. Er sagte: „In meinen alten Tagen ist man nicht mehr so leistungsfähig, nimmt aber an allen Interessen des Vaterlandes Antheil, wenn auch ferne dem Berufe. Meine Arbeit hatte Erfolg, aber ein wesentlicher Antheil davon gebührt dem König Albert, der mir immer ein gnädiger Herr gewesen ist. Nochmals meinen Dank!" Im Hotel „Bellevue" erschien eine Abordnung des Festausschusses. Die Straßen zum Hotel waren geschmückt und illuminirt.

Ausland.

Bern, 18. Juni. Der Nationalrath bewilligte mit 75 gegen 13 Stimmen für die Befestigung von Saint Maurice 2,100,000 Frcs. und beauftragte den Bundesrath, die Frage der Sicherung des Straßenzuges Sankt Bernhard-Martigny-Fête-Noire-Chamonnix durch Befestigungen zu prüfen.

Paris, 18. Juni. Das „Journal officiel" veröffentlicht heute die Note, in welcher bekannt gegeben wird, daß die Regierung beschlossen hat, die Küste von Dahomey zu blokiren.

Brüssel, 18. Juni. Im Ministerrathe wurde die Einberufung der Kammern zwischen dem 12. und 19. Juli beschlossen. Bezüglich der Ernennung des Ministers des Auswärtigen ist noch nichts beschlossen. Am Mittwoch ist wiederum Ministerrath.

Der „Courier de Congo" meldet zwei Gefechte zwischen Truppen des Kongostaates und am Lundafluße operirender Banden von Sklavenjägern. Prinz Croy und Lieutenant Michaux mit 100 Mann schlugen eine beträchtliche Anzahl von Sklavenjägern zurück und befreiten 300 Sklaven.

Petersburg, 18. Juni. In den hiesigen maßgebenden Hofkreisen wird eine Einladung des Kaisers von Oesterreich zu den Herbstjagden in Spala als bestimmt angenommen. (Da auch Kaiser Wilhelm wahrscheinlich in Spala erscheinen wird, ist also eine Dreikaiserzusammenkunft möglich. Red.)

Finanzminister Wyschnegradski ist soeben in bestem Wohlsein hier eingetroffen.

Rom, 18. Juni. „Opinione" und „Diritto" begrüßen die Reise des Königspaares nach Potsdam als ein frohes und friedliches Ereigniß. Die „Opinione" sagt, dasselbe entspreche der Tradition der beiden Häuser Hohenzollern und Savoyen, welche schon vor 200 Jahren ihre gleichen Schicksale erkannt und gegen gemeinsame Schicksale zu kämpfen gewohnt waren.

Der Kassirer der Bank in Viterbo wurde vom Sohne seines Dieners erdolcht. Als dieser sich entdeckt sah, erhängte er sich. Aus einem in seiner Tasche gefundenen Zettel ermittelte die Polizei ein weitverzweigtes Anarchistenkomplott, dem durchweg jene Burschen angehören.

Belgrad, 18. Juni. Gutem Vernehmen nach ist die Auflösung der Skupschtina und die Ausschreibung von Neuwahlen bevorstehend. Bei der heutigen feierlichen Beerdigung des Regenten Protic auf Staatskosten war das diplomatische Korps vollzählig vertreten. Die serbische Regentschaft wird eine Bekanntmachung erlassen, mit der sie die gesetzliche Fortführung der Geschäfte durch Ristitsch und Belimarkowitsch bis zur Wahl eines dritten Regenten anzeigt.

Athen, 18. Juni. Der König und die königlichen Prinzen sind heute Nachmittag zurückgekehrt.

New-York, 18. Juni. Meldungen aus Montevideo zufolge wurde die Demission des Finanzministers angenommen. Der Präsident wird demnächst ein Manifest an die Nation richten, worin er die Nothwendigkeit betont, die Ausgaben zu vermindern. Gleichzeitig soll darin die Garantie für die Einlösung der fälligen Coupons festgestellt, sowie die Nachricht von einer beabsichtigten neuen Emission Papiergeld dementirt werden.

Baden.

Karlsruhe, 18. Juni. Gestern begingen die Höchsten Herrschaften den Geburtstag Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Schweden und Norwegen, Herzogs von Södermanland. Höchstdieselben machten eine Fahrt nach Schloß Eberstein und trafen dort mit Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Fürstin zur Lippe zusammen.

Heute Vormittag 10 Uhr wohnten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin mit Ihrer Königlichen Hoheit der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen der Eröffnungsfeier der neubegründeten ständigen Kunstausstellung in den Räumen des Konversationshauses an und besichtigten dieselbe in eingehender Weise. Darnach nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Meldung des Generalleutnants Lahmann, Kommandeurs der 30. Division, sowie des Rittmeisters Dumrath, Eskadronchef im 2. Hannover'schen Ulanenregiment Nr. 14, entgegen.

Heute Nacht verläßt Ihre Königliche Hoheit die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen die Großherzoglichen Herrschaften, um nach Schweden zurückzukehren. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin begleitet Höchstdieselbe nach Homburg zum Besuch Ihrer Majestät der Königin von Schweden und Norwegen, dann zum Besuch der Fürstlich Wied'schen Herrschaften in Neuwied und Segenhaus und der dort weilenden Königin von Rumänien. Hierauf reisen Ihre Königlichen Hoheiten bis Frankfurt, wo Höchstdieselben Sich trennen werden. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin wird nach Karlsruhe zurückkehren und dort in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch eintreffen, während Ihre Königliche Hoheit die Kronprinzessin Sich nach Dresden und Berlin begeben, daselbst je einen Tag verweilen und dann über Kopenhagen heimkehren wird. Die Kronprinzessin verläßt Ihre alte Heimath in neugekräftigter Gesundheit und frischer Kraft.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog beabsichtigt nächsten Montag Abend nach Karlsruhe zu kommen und einige Tage daselbst zu bleiben.

* **Karlsruhe**, 19. Juni. Das großh. Oberstkammerherrn-Amt erläßt folgende Bekanntmachung: „Die Ständeversammlung wird am Mittwoch, den 22. Juni, Vormittags halb 11 Uhr im Allerhöchsten Auftrag durch den Präsidenten des Staatsministeriums geschlossen. Um 10 Uhr versammeln sich die Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer in ihren Sitzungssälen. Die Mitglieder der Zweiten Kammer nehmen in den Bänken der Abgeordneten dieser Kammer ihre Sitze ein. Die Mitglieder der Ersten Kammer, ihren Präsidenten an der Spitze, begeben sich um 10½ Uhr in den Saal der Zweiten Kammer zu den für sie bereiten Sesseln vor den Sitzen der Abgeordneten der Zweiten Kammer. Um 10½ Uhr begeben sich der großh. Kommissarius und die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums aus ihrem Versammlungssaal in den Sitzungssaal der Zweiten Kammer, wo sie die für sie bereiteten Sitze einnehmen. Hierauf wird der großh. Kommissarius die Ständeversammlung schließen. Nach erfolgtem Schluß verlassen die Mitglieder des Staatsministeriums und der Ersten Kammer in der nämlichen Ordnung, in welcher sie eingetreten, den Sitzungssaal."

* **Karlsruhe**, 20. Juni. Nach Schließung der Kammersitzung wird S. K. H. der Großherzog die Mitglieder beider Kammern zur Tafel einladen und zwar am Mittwoch Abend.

** **Karlsruhe**, 18. Juni. In der heute ausgegebenen Nummer der „Bad. Korr." werden die Abgg. Muser und Wacker ob ihrer Haltung in Sachen der Millionen-Nachträge in sehr illoyaler Weise verdächtigt. Es heißt da:

„Die Herren Muser und Wacker haben natürlich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, sich als weitersche Oppositionsmänner aufzuspielen und so zu thun, als wären ohne sie und ihre rücksichtslose Energie die Rechte der Volksvertretung in der höchsten Gefahr, von der sorglosen und ihr Geschäft sehr schlecht verstehenden Eisenbahnverwaltung in die Tasche gesteckt zu werden. Es mußte auf den unbefangenen Zuhörer einen wahrhaft komischen Eindruck machen, wie jene Herren sich wendeten und drehten, um aus allerhand nebensächlichen oder unverfänglichen Dingen ein Verdammungsurtheil gegen den Finanzminister, den Generaldirektor der Staatseisenbahnen u. s. w. zusammenzuschmieden. Schließlich haben sie wohl selbst das Gefühl sich nicht erwehren können, daß sie dem Finanzminister und dem Leiter der Generaldirektion mit ihren groben und feinen Angriffen doch nichts anzuhaben vermögen, weil eben beide Männer ihr Auge stets nur auf gewissenhafte Erfüllung ihrer schweren Amtspflicht gerichtet haben und das Interesse des Landes allem Anderen voranstellen."

Das also wäre der quittirte Dank dafür, daß diese beiden Abgeordneten trotz ihrer politischen Oppositionsstellung bis an die äußerste Grenze dessen gingen, was sie bezüglich des Entgegenkommens mit ihrem parlamentarischen Gewissen glaubten verantworten zu können. Das gilt namentlich von der Haltung des Abg. Wacker. Das Schönste an der Sache ist, daß die Kammer einen Beschluß faßte, der bezüglich des Wacker Projektes vollständig mit dem sich deckt, was der Abg. Muser betont und der Abg. Wacker schon in der Kommission annehmen zu wollen erklärt hatte. Soweit es berechtigt und angemessen erscheinen mag, von einem sich wenden und drehen zu sprechen, so wäre es höchstens an die Adresse des Herrn Generaldirektors zu richten. Wir behalten uns vor, unter Umständen auf die Sache näher einzugehen. Die ganze Leistung ist ein neuer Beweis dafür, daß die „Bad. Korr." auf einem ziemlich tiefen Niveau der politischen Polemik sich bewegt. Wenn Herr Minister Eisenlohr und seine Mitarbeiter an dem officiellen Blatte nicht noch einige journalistische Fortschritte machen, werden sie kaum zu einer Verbesserung unserer politischen Preßverhältnisse beitragen.

W. **Karlsruhe**, 19. Juni. Es hat in einem Theile der Presse wie speziell im Kreise der Kammerkollegen einiges Aufsehen gemacht, daß Staatsanwalt Zolly in Offenburg gegen das dortige Centrumsblatt, die „Offenburger Zeitung" vorgegangen ist. Er hat in einem Artikel der Nummer vom 16. Juni eine Beleidigung des Herrn Ministers Eisenlohr gefunden und noch am Mittwoch Abend die Gendarmerie aufgeboten, nicht um die Nummer zu konfisziren, sondern um den Verfasser des Artikels zu ermitteln. Darum erschienen fünf Gendarmen, um durch eine Haussuchung beim Verleger in den Besitz des Manuskriptes zu kommen. Allem Anschein nach war es hauptsächlich darauf abgesehen, unbedingte Sicherheit darüber zu erlangen, ob ich der Verfasser sei. Wenn der Herr Staatsanwalt mich näher kennen würde, so hätte er wahrscheinlich diesen Theil seiner Aktion unterlassen. Er würde sich sehr täuschen, wenn er meinte, ich wolle mich der öffentlichen Verantwortung für irgend Etwas entziehen, was ich in ein Blatt schreibe. Auch ohne das Aufgebot der Gendarmerie und das Auffinden des Manuskriptes hätte er ohne alles Weitere meinen Namen als den des Verfassers erfahren, selbstverständlich aber erst von dem Moment an, da Klageerhebung seinerseits sicher war. Dieses letztere steht noch keineswegs fest; er bedarf dazu vor Allem der höheren Ermächtigung und es ist nicht ausgeschlossen, daß andere Herren im Gegensatze zu seiner juristischen Ansicht keine strafbare Beleidigung in dem Artikel finden. Derselbe handelt von der Zusammensetzung des Landwirthschaftsrathes resp. von der Polemik, welche zwischen dem Eisenlohr'schen Organ, der „Bad. Korr.", und der „Bad. Landp." wie auch dem „Bad. Beob." darüber entstanden ist. In dieser Polemik ist die „Bad. Korr." sehr provocirend aufgetreten und hat sich starke Blößen gegeben. In Folge dessen hat auch die konservative „Bad. Landp." eine sehr scharfe Sprache geführt. Im Uebrigen hat mich die Sache noch keinen Augenblick in der ruhigen Tagesarbeit gestört. Sollte Klage geführt werden, so wird ja auch mir Gelegenheit geboten sein, mich zu vertheidigen. Natürlich würde ich diese Gelegenheit auch benützen, falls die Gesundheitsverhältnisse gut bleiben. Es kann dem jungen Centrumsblatte, das ich angelegentlich der Berücksichtigung der Parteigenossen empfohlen habe, nur zur Ehre gereichen, wenn es in den Augen der Staatsanwaltschaft bedeutend und wichtig genug ist, um mit besonderer Aufmerksamkeit beachtet zu werden. Minister Eisenlohr hat Kampf gegen das Centrum auf Leben und Tod proklamirt. Wir vom Centrum können und dürfen diesem Kampf nicht ausweichen. Wir haben unsere Presse und wollen sie nach Kräften die Rolle einer wirksamen Waffe spielen lassen. Er hat gleichfalls eine weitverzweigte Presse auf seiner Seite und besitzt in der „Bad. Korr." eine Spezialwaffe, deren Wirkungen nicht zu unterschätzen sind. Dieses Spezialorgan Eisenlohr's läßt es bei keiner Gelegenheit an bitterharten Worten und schweren Anschuldigungen der Gegner fehlen, wie ja auch die Polemik Eisenlohr's selber stets den Charakter ausgeprägter Schärfe hat. Man würde sich sehr täuschen, wenn man aus diesen Zeilen irgend eine Absicht herauslesen wollte, auf die Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuwirken. Ein Prozeß gehört in keinem Falle zu den angenehmen Dingen, allein ich fürchte mich keineswegs, wenn er kommt. Nicht minder würde man sich täuschen, wenn man glaubte, auf solchem Wege mich überzeugen, im Kampfe besiegen oder wenigstens zum Schweigen bringen zu können. Nach dieser Richtung hin ist es ganz gleich, ob ein weiteres Vorgehen beschlossen wird oder nicht.

* **Karlsruhe**, 18. Juni. Die „Bad. Landpost" läßt sich auf unsere letzten Bemerkungen, nachdem sie ihre Friedensliebe, ihre Toleranz sogar den Orden gegenüber — mit Ausnahme natürlich der „staatsfeindlichen Jesuiten" — betont, in der Hauptsache folgendermaßen aus: „Um so energischer und entschiedener müssen wir aber gegen „Gebräuche" der katholischen Kirche auftreten, wo dieselben, statt dem Frieden, statt der Christianisirung des Volkes zu dienen, Zwietracht und Unfrieden hervorrufen. Und solche Zwietracht wird hervorgerufen, wenn einer guten (!) Katholikin, um ihrer evangelischen Kinder willen die Absolution verweigert wird und wenn ein solcher Priester die Kleckheit hat, es als eine Sünde zu bezeichnen, daß diese Mutter ihre Kinder nur evangelisch hat taufen lassen. Wenn die katholische Kirche aber „solche Gebräuche" hat, — schlimm genug, daß sie sie hat, — dann muß sie diese abschaffen, oder doch, wenn es ihr wirklich um das christliche zu thun ist, in einem paritätischen Staat das tolerare posse gelten lassen. (!) Noch entschiedener müssen wir dagegen Protest einlegen, wenn sich ein Priester herausnimmt das Nichteinhalten einer von der katholischen Kirchentechnik erfundenen Maßregel als eine Versündigung wider Gottes Gebot zu bezeichnen. Das ist geradezu eine Blasphemie! (!) Wir (das ist die Redaktion der „Bad. Landpost") wollen den Frieden haben zwischen den christlichen Konfessionen, weil die heutigen Zeiten wahrlich nicht dazu angethan sind, daß Evangelische und Katholiken zur Freude des Herrn Rühe und seiner Genossen „sich die Haare zaufen". Aber diese Mahnung zum Frieden möchten wir vor allen Dingen an die Katholiken richten. Es ist aufhetzerisch und den Frieden gefährdend und darum unchristlich, wenn die katholische Kirche, d. h. ihre Priester, ihren durch nichts im Evangelium des Herrn begründeten Standpunkt in der Mischehenfrage nicht aufgibt. Erlaubt ihnen das ihre Kirche nicht, so mögen sie jenen Standpunkt modifiziren, oder durch die „Finger sehen", die katholisch-römische Kirche ist ja sonst groß darin. (!) Ein Gebrauch, der dazu führt, die Konfessionen zu verhetzen, die andern Christgläubigen in ihren heiligsten Gefühlen zu verletzen, ist ein schlechter Gebrauch, der abgeschafft werden muß. Den Nutzen von solchem Fanatismus hat der Indifferentismus, der Liberalismus und die Sozialdemokratie." Soweit die „Landpost". Es hieße den Eindruck abschwächen, wollte man solchen Aeußerungen eines verbohrten protestantischen Fanatismus noch etwas hinzufügen. Solche Leistungen hängt man einfach niedriger.

* **Karlsruhe**, 20. Juni. Aus Straßburg erhalten wir folgende Zuschrift: „W. Straßburg. Von der Regierung des Reichslandes ist die Errichtung von zwei weiteren Niederlassungen der Kapuziner genehmigt. Die eine wird in Königshofen (bei Straßburg) und die andere in Belsheim (bei Benfeld) sein. Die Mittheilung ist für Baden von besonderem Interesse in Hinsicht auf den letzten Beschluß der Kammer.

? **Aus Baden**, 19. Juni. In dem fast ganz protestantischen St. Georgen auf dem Schwarzwald hat ein erschütterndes Drama sich abgespielt, an dem der socialdemokratische „Volksfreund" von Offenburg einen nicht unwesentlichen Antheil hat. Der 25jährige Sohn eines dortigen Fabrikanten war verlobt und wurde dieser Tage todt im Bette gefunden. Wie die „Konstanzer Zeitung" mittheilt, hat er „wegen verschmähter Liebe" Gift genommen. In der Nummer vom 12. Juni hat der socialdemokratische „Volksfreund" den jungen, in weiteren Kreisen gänzlich unbekannten Mann an den Pranger gestellt. Er soll sich soweit vergessen haben, daß er in allergrößten Frühe in bedenklicher Gesellschaft der Tochter eines Fabrikarbeiters ertappt wurde, nachdem er unmittelbar zuvor mit seiner Braut einem Hochzeitsfeste angewohnt hatte. Der „Volksfreund" hat es in seiner Manier ausgeschmückt und mit Nutzanwendungen versehen. Ob der so Verirrte mit der betreffenden Tochter eines Fabrikarbeiters ein Liebesverhältniß hatte und sich gehemmt sah, dieselbe zu heirathen, oder nur von roher Sinnlichkeit getrieben, sich soweit vergaß, geht aus der Erzählung nicht hervor. Jedenfalls tragen beide Theile an der Schuld und Verantwortung für den schweren Fehltritt. Man kann sich denken, welchen Eindruck der Artikel machte, für dessen ausgiebige Verbreitung gesorgt wurde. Wenn die betreffende Braut das Verhältniß löste, wird sich Niemand wundern. Sie konnte unter solchen Umständen gar nicht anders, wenn sie nicht ihre eigene Ehre riskiren wollte. Daß die Ehre des jungen Mannes und des Mädchens, mit dem er den Fehltritt begangen, vernichtet war, braucht nicht besonders betont zu werden. Daß in allen drei in Mitleidenschaft gezogenen Familien Kummer einkehrte und unliebsame Scenen erfolgten, ist wohl selbstverständlich. Und es wäre merkwürdig, wenn sich die traurigen Nachwirkungen bei den zunächst interessirten Personen und ihrer Familien nicht nach Jahren noch bemerkbar machen würden. Auf dem hat der unglückselige junge Mann damit die Krone aufgesetzt, daß er seinem jungen Leben gewaltsam ein Ende machte! Und fragt man sich, was das socialdemokratische Blatt zu seinem folgenschweren Auftreten veranlaßte, so ist keine andere Antwort am Platze als die: Skandalsucht, maßlose Leidenschaft, alles zu verlästern und herunter zu reißen, was nicht socialdemokratisch ist.

⊥ **Heidelberg**, 19. Juni. Heidelbergs Ehrenlied „Alt-Heidelberg, du Feine" wurde gestern und heute in unserer Stadt wieder mit besonderer Begeisterung gesungen, doch nicht wie in der Regel von bierfröhlichen Studenten, sondern von wackeren Handwerksgesellen, von den Söhnen Vater Kolping's, die aus allen Theilen des Reiches und sogar vom Ausland in überaus großer Zahl hier zusammengeströmt waren, um am schönen Neckarstrand die 25jährige Jubelfeier des hiesigen katholischen Gesellenvereins festlich zu begehen. Und Heidelberg bot ein Fest, das die Worte Scheffels „Keine andere kommt dir gleich" glänzend rechtfertigte, denn wohl selten dürften sich Gesellenfeste von gleich großartigem Verlauf abspielen. Sieben und dreißig Vereine und Deputationen, sämmtliche mit Fahnen, darunter aus Luzern, Basel, Innsbruck, München, Köln, Mainz, Darmstadt, Frankfurt a. M., Würzburg, Stuttgart 2c., sowie viele Vereine aus der Pfalz und fast sämmtliche badischen Gesellenvereine waren erschienen. Schon die Begrüßung der auswärtigen Gäste im „Hainger" gestaltete sich am Samstag Abend zu einer imposanten Festlichkeit, am großartigsten gestaltete sich natürlich die heutige Feier, die mit einem Festgottesdienst in der Jesuitenkirche begann, deren Chor in einen Fahnen-Wald umgewandelt war. Herr Sekretär Karcher hielt im Auftrage des hochw. Diözesanpräses, des Herrn Prälaten Weickum die Festpredigt, worin er in meisterhafter Rede die sociale Frage und deren Lösung behandelte und bezüglich der letzteren die Bedeutung der katholischen Gesellenvereine betonte. Eine recht animirte Stimmung, hervorgerufen durch Lieder, Reden und Vorträge, herrschte auch bei dem darauffolgenden gemeinschaftlichen Mittagessen; nach diesem besuchten die Festtheilnehmer den Nachmittagsgottesdienst, nach dessen Beendigung sich der Festzug aufstellte, der neben dem Festbankett am Abend den Glanzpunkt des Festes bildete. Vor Beginn des Festzuges, der sich durch die theilweise beflaggten Hauptstraßen der Stadt bewegte und von der Spalier bildenden Bevölkerung zahlreiche Blumen und Bouquets zugeworfen erhielt, begrüßte der Präses des Heidelberger Vereins, Herr Kaplan Kroy, in beredten, herzlichen Worten die Festtheilnehmer und heftete an die Fahnen der einzelnen Vereine die übliche Erinnerungsschleife. Um 6 Uhr versammelten sich die Festtheilnehmer zum Festbankett, das im großen und schönsten Saal Heidelbergs, im Museumssaal, dessen architektonische Pracht durch eine reiche und sinnige Dekoration noch bedeutend erhöht war, stattfand. Saal und sämmtliche Nebenräume waren geradezu überfüllt mit Theilnehmern aus allen Ständen der katholischen Bevölkerung Heidelbergs. An der Ehrentafel bemerkten wir neben den hochw. Herren Prälaten und anderen Geistlichen auch mehrere adelige Herren, Aerzte und Beamte, die katholische Studentenverbindung Arminia und sonstige angesehene Persönlichkeiten der Stadt Heidelberg — nicht zu vergessen ist auch der bekannte Bürgermeister Münch von Friedrichsdorf. Die herrliche, geradezu meisterhafte Ansprache des Herrn Kaplan Kroy, gleich nach den einleitenden Nummern, versetzte die Versammlung in die gehobenste Stimmung, die sich bis zum Schluß des Bankets erhielt. Ernste und heitere Weisen, Lieder, Vorträge und Reden lösten fortwährend einander ab, von letzteren sei nur noch die treffliche Rede des Herrn Benefiziat Bund erwähnt, der einen begeisterten Toast auf die geistlichen und weltlichen Autoritäten motivirte. In herzlichen Worten und einem donnernden Hoch wurde auch des hochw. Herrn Diözesanpräses gedacht. Gegen 12 Uhr erreichte das Bankett sein Ende, manche Vereine hatten der Heimreise wegen sich schon früher entfernt, andere werden auch den morgigen Tag noch in unserem schönen Heidelberg verbringen, seine herrliche Umgebung besichtigen und gemeinsam mit dem hiesigen Verein durch einen Ausflug in das schöne Neckarthal das Jubelfest beschließen, das nicht blos allen Theilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben, sondern sicher auch seine guten Früchte tragen wird.

Badischer Landtag.

⊕ **Karlsruhe**, 18. Juni.

94. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Neumann hält auch heute noch hoch, was er bei der ersten Berathung des Gesetzes über die Weinhändler gesagt habe. Viele derselben mögen deßhalb wohl verschnupft sein, das gebe er zu, allein es seien auch viele reelle Weinhändler zu ihm gekommen, um ihm für jene Worte ihren Dank auszusprechen. Die Kontrole resp. die Aufzeichnungen, die geführt werden müssen, seien es nicht, was die Weinhändler zu einer Abneigung gegen das Gesetz veranlasse. Wenn die Gebührenberechnungen der Anwälte zu einer Landeskalamität führten, würde er auch für sie eine Kontrole verlangen und damit einverstanden sein, wenn Einsicht in seine Bücher genommen würde. Gerade so wenig brauche sich auch ein reeller Weinhändler gegen die Kontrole des Artikel 13 wehren. Er glaube nicht, daß unsere dem Handel und Gewerbe so zugeneigte Regierung dem Weinhändler mehr Schwierigkeiten bereite, als nöthig sei. Wenn in der Pfalz die Weinschmiererei unkontrollirt gestattet sei, so könne man dies für Baden nicht auch verlangen. Die badische Weinkontrole werde den Ruf des badischen Weinhandels nicht vermindern, sondern erhöhen; insofern bedeute der § 13 auch eine Schutzmaßregel für den Weinhandel, obgleich er in erster Reihe ein Schutz des Rebbaues sein soll und sein muß. Die von der Kommission der Ersten Kammer für ihre Abänderung vorgebrachten Gründe seien vollständig unstichhaltig, sie seien alle auch von der Regierung erwogen und unmaßgebend befunden worden. Deßhalb bitte er um Beibehaltung des § 13 nach der Fassung der Zweiten Kammer.

Abg. Reichert ist erstaunt, daß der Abg. Schlosser nur den Strich des zweiten Absatzes des Artikel 13 verlangt, konsequenter Weise hätte er beide Absätze streichen müssen, um so mehr, als der erste Absatz für sich gar keine Bedeutung habe. Es sei unrichtig, wenn man sage, das Centrum stehe in dieser Sache auf dem Boden der Puristen; seit Einführung des Reichsgesetzes sei es unsinnig, sich auf diesen Standpunkt zu stellen. Wenn der Artikel 13 in der alten Fassung falle, müsse er gegen das Gesetz stimmen, denn ohne diesen Paragraphen habe es keinen Werth, höchstens einen kleinen finanziellen. Wittmer habe zu viel beweisen wollen und dadurch eben nichts bewiesen; daß unsere Weinhändler der strengen Kontrole wegen in's Ausland zögen, glaube er nicht, sie werden schon ihrer Geschäfte wegen im Land, mitten in den Weingegenden bleiben müssen. Der § 13 hindere reelle Weinhändler nicht, wenn er aber den unreellen ihre Schmiererei erschwere, so könne man das nur begrüßen.

Abg. Klein-Wertheim glaubt nicht, daß der Strich des § 13 die unerlaubte Weinschmiererei unmöglich machen werde, der Weinhandel nehme nun eine ganz andere Richtung an, wie es sich bei den Erörterungen des Landwirthschaftsrathes gezeigt habe. Für den Verschnittwein eröffne sich in Norddeutschland ein großes Absatzgebiet, deßhalb stimme er diesmal gegen den § 13.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Pfefferle und des Antragstellers Schlosser wird über den Antrag Gerber, der die Wiederherstellung der früheren Fassung der Zweiten Kammer verlangt, namentlich abgestimmt, derselbe wird mit 28 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Darauf wird der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Antrag Schlusser angenommen, ebenso in nochmaliger namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz gegen die Stimmen des Centrums.

Abg. Wittmer erstattet darauf Bericht über die Petitionen der Gemeinden des früheren Bezirksamtes Boxberg, um Wiedererrichtung des Bezirksamtes daselbst betr. Die Petitionen weisen auf die große Ausdehnung des Bezirks Tauberbischofsheim und die weite Entfernung nach dieser Stadt, die am Ende des Bezirks liege, hin, sowie darauf, daß früher Boxberg schon ein Bezirksamt hatte und ihm auch der Bezirk Krautheim zugetheilt worden sei.

Die Kommission erkennt die Gründe als berechtigt an und stellt deßhalb den Antrag auf empfehlende Ueberweisung der Petitionen.

Abg. Strübe befürwortet diesen Antrag.

Abg. Klein-Wertheim dankt als Vertreter des Bezirks Boxberg der Kommission für die freundliche Stellungnahme zu dieser Sache und hebt in längeren Ausführungen die Nothwendigkeit der Wiedererrichtung eines Bezirksamtes hervor, schildert insbesondere die örtlichen Verhältnisse.

Staatsrath Eisenlohr betont, bei der Frage der Wiedererrichtung von Bezirksämtern, seien die Rücksichten auf Bequemlichkeiten der Bezirksbewohner und die Vortheile der einzelnen früheren Amtsstädte nebensächlich, die Hauptfrage sei die, ob es besser sei im Interesse der Bezirksverwaltung, wenn große Bezirke mit mehreren oder kleine Bezirke mit nur einem Beamten vorzuziehen seien und da bestehe bei ihm kein Zweifel darüber, daß die großen Bezirke in dieser Hinsicht den Vorzug verdienen. Nur aus den wichtigsten Gründen könne daher zur Errichtung solcher kleinen Bezirke geschritten werden. Solche Gründe liegen allerdings im südlichen Theil des Boxberger Bezirkes vor, nicht aber auch im nördlichen Theil. Deßhalb wolle er die ganze Sachlage nochmal einer gründlichen Ueberlegung unterziehen.

Abg. Gerber bemerkt, daß der Beschluß auf empfehlende Ueberweisung in der Kommission nicht einstimmig gefaßt worden sei, verschiedene Mitglieder, auch er, waren dagegen. Die vom Minister gegen die Wiedererrichtung vorgebrachten Gründe könne er nur bestätigen. Schon sechs Mal sei diese Frage bis jetzt im Landtag behandelt und immer abschlägig beschieden worden; erst heute komme man zur empfehlenden Ueberweisung, obgleich sich die Verhältnisse in keiner Weise geändert hätten. Nach Krautheim gehöre jedenfalls eher ein Bezirksamt als nach Boxberg, aber die Krautheimer seien nicht so unbescheiden ein solches zu verlangen. Ja auch in Boxberg wäre der Wunsch nicht so dringend, wenn der Herr Abgeordnete des Bezirks diese Wünsche nicht immer wieder aufwärmen würde. Gar manche Unterschriften seien zweifellos nur gezwungener Weise gegeben worden. Werde der Bezirk Boxberg vom Tauberbischofsheimer Bezirk abgetrennt, so sei jedenfalls auch das Amtsgerichtsgebäude daselbst zu groß. Die großen Bezirke seien sicher besser für die Verwaltung als die kleinen, wo auch der Bezirksbeamte leicht kleinlich werde; besser wäre es daher, noch andere kleine Bezirke, z. B. Oberbach, aufzuheben. Wenn man diese Petitionen genehmige, werde man mit weiteren geradezu überstürmt werden. Er glaube auch nicht, daß die Kammer so inkonsequent sei und für empfehlende Ueberweisung dieser Petition stimme, während die anderen Petitionen in ähnlichem Betreff einfach zur Kenntnißnahme überwiesen würden.

Abg. Rüdt will Mannheimer Verhältnisse, d. i. das Verhalten dortiger Bezirksbeamten sozialdemokratischen Versammlungen gegenüber zur Sprache bringen, wird dabei aber, weil nicht zur Sache gehörig, mehrfach unterbrochen.

Abg. Klein-Wertheim kommt auf verschiedene Ausführungen des Abg. Gerber und der Minister zurück.

Abg. Popp erinnert bei dieser Gelegenheit auch an die Wiedererrichtung des Bezirksamts Philippsburg. Der Bruchsaler Amtsbezirk sei sehr groß und auch von Schwetzingen könne ein Stück abgetrennt werden, zur Errichtung des Philippsburger Bezirks. Er werde für die sämmtlichen Petitionen stimmen, da er aus eigener Erfahrung am besten wisse, was es heiße, wenn eine Stadt eine Behörde verliere. Er glaube, gerade in kleinen Bezirken könne die Verwaltung eine intensivere sein. Ungerecht finde er nur, daß man die Petitionen aus den Bezirken Gernsbach und Kenzingen nicht gleich wohlwollend behandle und bitte deßhalb das Haus sämmtlichen zuzustimmen.

Abg. Wacker ist anderer Ansicht; er ist zwar für gleiche Behandlung aller Petitionen, aus principiellen Gründen sei er jedoch gegen empfehlende Ueberweisung aller Petitionen. Die Ablehnung der Wiedererrichtung eines Bezirksamtes in Boxberg mit dem Hinweis auf den kleinen Ort, den Mangel an Bequemlichkeiten begründen zu wollen, hält er für ungerecht, solche Rücksichten dürften nicht geübt werden. Symptomatisch sei ihm die Aeußerung des Abgeordneten Klein, daß in Boxberg auch Kirchen seien, einen solchen Zusammenhang zwischen Kirche und Beamten habe er noch nie gehört. Prinzipiell sei er dafür, daß mehr Aemter geschaffen werden, Aemter mit mehreren Beamten, das liege wohl im Interesse der Verwaltung wie auch der Beamten. Er sei deßhalb dafür, daß man sämmtliche drei Petitionen, sowohl die von Boxberg, wie auch von Gernsbach und Kenzingen einfach zur Kenntnißnahme überweise.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters und einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Klein-Wertheim und Wacker wird der Kommissionsantrag auf empfehlende Ueberweisung genehmigt.

Abg. Schlusser erstattet Bericht über Petitionen aus dem ehemaligen Amtsbezirk Kenzingen um Errichtung eines Bezirksamts daselbst.

Die Kommission kann sich von der Nothwendigkeit und dem Bedürfniß dieser Errichtung nicht überzeugen und beantragt einfach Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Hug und Genossen, ersterer als Vertreter des Bezirks Kenzingen, legen einen Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnißnahme vor.

Abg. Hug begründet den von ihm eingebrachten Antrag eingehend. Die Stadt Kenzingen sei bis zum Jahre 1871 bezw. 1872 Sitz von vier staatlichen Behörden, nämlich Bezirksamt, Amtsgericht, Domänenverwaltung und Bezirksforstei gewesen. Der Amtsbezirk habe über 20,000 Einwohner gezählt und siebzehn Gemeinden umfaßt, in denen theils Landwirthschaft, theils Kleingewerbe und Industrie betrieben werden. Der Bezirk sei in vortheilhaftester Weise abgerundet, Kenzingen liege in der Mitte des Bezirks, es sei aber auch der Mittelpunkt eines sehr regen Marktverkehrs, der an Wochen- und Jahrmärkten stattfinde. Dieser Marktverkehr habe den Bezirksangehörigen zugleich Gelegenheit geboten, auch beim Bezirksamt ihre etwaigen Geschäfte zu besorgen. Im Jahre 1871 sei nun aber die Domänenverwaltung und im Jahre 1872 das Bezirksamt und Amtsgericht aufgehoben worden. Es sei dies ein harter Schlag für den Bezirk, insbesondere für die Amtsstadt Kenzingen gewesen, der für die wirthschaftliche Entwicklung daselbst nicht ohne nachtheiligen Einfluß geblieben sei. Betrachte man an der Hand der vorgelegten Karte die Lage Kenzingens, so sei dieselbe für die Bezirksangehörigen eine äußerst günstige, indem die Entfernung der einzelnen Orte des ehemaligen Bezirks Kenzingen nur 2—11 Kilometer betrage. Dieses Verhältniß habe sich nach Aufhebung des Bezirksamts Kenzingen und Zutheilung nach Emmendingen total verändert. Emmendingen liege außerhalb des vormaligen Bezirks Kenzingen und seien die einzelnen Orte dieses Bezirks 8—20 Kilometer von Emmendingen entfernt. Im Ganzen hätten sich, wenn man das „Mehr" der Entfernung aller einzelnen Orte des vormaligen Bezirks Kenzingen zusammenfasse, die Entfernung um 146 Kilometer vermehrt. Daraus gehe hervor, daß von den Angehörigen des vormaligen Bezirks Kenzingen ein ungleich größerer Aufwand an Zeit und Geld gemacht werden müsse, um den Verkehr mit dem Bezirksamt bewirken zu können. Frage man nach den Gründen, welche die Aufhebung des Bezirksamts Kenzingen veranlaßt hätten, so werden als solche das Interesse des Dienstes und der Kostenersparniß geltend gemacht. Redner erläutert diese Gründe näher und weist sie zumal unter den dermaligen Verhältnissen als unzutreffend nach. Was von einer streßsamen Gemeindeverwaltung verlangt werden könne, um die Schädigungen auszugleichen, die durch Aufhebung staatlicher Stellen herbeigeführt werden, sei von der Stadtgemeinde Kenzingen geschehen. Sie habe eine sechsklassige Bürgerschule errichtet, sie habe das Amtsgerichtsgebäude erstellt und den Kauf und Umbau eines Hauses für die Kreishaushaltungsschule ermöglicht. Es seien so auf dem Wege der Selbsthilfe die Schädigungen einigermaßen gemildert worden, aber den Schaden gänzlich auszugleichen, übersteige die Kraft der Stadtgemeinde Kenzingen und werde sie sich daher, unterstützt von 15 weiteren Gemeinden, vertrauensvoll an den Landtag mit der Bitte, ihre Petition der großh. Regierung empfehlend zu überweisen. Leider habe nun die Kommission einen ablehnenden Standpunkt eingenommen. Es seien von ihr vier Gründe gegen die Petition geltend gemacht worden, die Redner näher erläutert und widerlegt.

Abg. Pfefferle bemerkt, die Petition bedeute eine Zerstückelung des Bezirks Emmendingen. Die jetzigen Verhältnisse, die nun seit 20 Jahren bestehen, seien erträgliche, sie hätten sich eingelebt und hätten zu allgemeiner Zufriedenheit beigetragen. Er ist deßhalb für Uebergang zur Tagesordnung, insbesondere aber auch deßhalb, weil die großen Gemeinden Herbolzheim und Endingen sich der Petition gar nicht angeschlossen hätten. Hier handle es sich lediglich um lokale Interessen der Stadt Kenzingen; das Bezirksamt in Emmendingen sei von allen Theilen des Bezirks leicht zu erreichen, weil es ganz von der Bahn durchschnitten werde und durch Einlegung von Lokalzügen der Verkehr noch mehr erleichtert werde.

Abg. Fieser rechtfertigt die verschiedene Stellungnahme gegenüber den Petitionen von Boxberg, Gernsbach und Kenzingen. Die Verhältnisse in Kenzingen und Gernsbach seien ganz anders als in Boxberg. Er befürworte den Kommissionsantrag.

Abg. Hug wendet sich gegen den Abg. Fieser der ihm vorgeworfen, als habe er der Kommission die Anwendung von zweierlei Maß unterstellt. Dieser Vorwurf sei unbegründet, er anerkenne, daß die Kommission optima fide gehandelt habe, allein der Eindruck, den der Beschluß der Kommission bei den petitionirenden Gemeinden hervorrufe, werde allerdings der einer erlittenen Ungerechtigkeit sein. Gegen den Abg. Pfefferle bemerkt Redner, daß die Gemeinde Emmendingen weniger Grund zur Klage hätte, als Kenzingen s. Zt. hatte, denn wenn das Bezirksamt Kenzingen wieder errichtet würde, so verliere ja Emmendingen die Bezirksstelle nicht, sondern erleide nur eine Verkleinerung seines Bezirks. Die Lokalzüge von Freiburg bis Herbolzheim können doch mit der vorliegenden Petition nicht in Verbindung gebracht werden, denn sie erleichtern eben so sehr den Verkehr nach Kenzingen als nach Emmendingen, sie würden also auch wenn das Bezirksamt Kenzingen errichtet würde, gute Dienste bezüglich des Verkehrs mit dem Bezirksamt Kenzingen leisten. Wenn der Herr Minister des Innern den Werth großer Verwaltungsbezirke betont und damit begründet habe, daß der erste Verwaltungsbeamte seine Aufmerksamkeit hauptsächlich den wichtigeren Angelegenheiten zuzuwenden und die Entscheidungen womöglich auf Grund eigener Anschauung und Erfahrung zu treffen habe, während dagegen der zweite Beamte die geringfügigen Geschäftsgegenstände zu erledigen habe, so sei Redner zwar damit einverstanden, daß für die ersprießliche Thätigkeit eines Verwaltungsbeamten die eigene Anschauung und Beobachtung von größter Bedeutung sei, allein auch in einem kleinen Bezirk, wo nur ein Verwaltungsbeamter angestellt sei, könne solcher in diesem Sinn seine Aufgabe lösen, denn es sei in der Regel noch ein genügendes Hilfspersonal vorhanden, dem die minderwerthigen Verwaltungsgeschäfte übertragen werden könnten. Redner empfiehlt nochmals seinen Antrag.

Darauf wird der Antrag Hug abgelehnt und der Kommissionsantrag angenommen.

Darauf wird die Sitzung abgebrochen und auf 4½ Uhr vertagt.

Karlsruhe, 18. Juni.

(Abendsitzung.)

94. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 5¼ Uhr.

Am Ministertisch: Staatsrath Eisenlohr.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein.

An Stelle des Abg. Hauß erstattet Abg. Strübe Bericht über die Petition der Gemeinden des früheren Amtsbezirks Gernsbach um Wiedererrichtung eines Bezirksamts daselbst. Die Kommission kann sich von dem Bedürfniß zur Wiedererrichtung dieses Bezirksamtes nicht überzeugen und stellt daher den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. v. Bodman stellt einen Antrag auf Ueberweisung zur Kenntnißnahme und empfiehlt denselben auf's Angelegentlichste. Stadt und Bezirk Gernsbach seien durch die Wegverlegung des Bezirksamtes und Amtsgerichtes im Jahre 1872 sehr empfindlich geschädigt worden. Das Amtsgericht wurde zwar wieder errichtet, man sei aber auch mit der Wegverlegung des Bezirksamts zu weit gegangen und solle deßhalb vernünftiger Weise den Schritt wieder rückgängig machen. Daß in diesem Falle auch andere Städte wieder kämen und ihre damals verlorenen Behörden wieder errichtet haben wollen, sei kein Grund, diese Forderung unerfüllt zu lassen, man müsse da viel mehr von Fall zu Fall die Verhältnisse prüfen. Richtig sei zwar, daß die Verkehrsverhältnisse im Murgthal bessere seien, als früher, allein die Reise zur Amtsstadt sei immer noch weit. Eine Ersparniß habe der Staat durch Wegverlegung des Bezirksamtes nicht gemacht. Die dienstliche Rücksicht darauf, daß womöglich zwei Beamte an einem Sitze seien, dürfte nicht so weit gehen, daß die Bezirksinteressen darunter Noth leiden. Es sei nothwendig, daß ein Verwaltungsbeamter in seinem Bezirke auch lokalkundig sei, damit er sich nicht bloß auf die Berichte der Bürgermeister verlassen und alles vom grünen Tisch aus regelt müsse. In dem großen Bezirk Rastatt mit seinen 50 Gemeinden und 60,000 Einwohnern sei es jedoch geradezu unmöglich, daß ein Beamter sich die nöthigen Lokalkenntnisse schaffe. Der Bezirk Rastatt sei so groß, daß auch nach Abtretung des Gernsbacher Bezirks in Rastatt immer noch zwei Beamte vollauf zu thun hätten, auch seien ja noch andere Behörden in Staatsstellen dort, wie das Gymnasium, die Garnison ꝛc. Einen großen Schaden werde wohl Niemand in Rastatt erleiden. Durch das Anwachsen der Industrie im Bezirk Gernsbach sei der amtliche Verkehr gegen früher viel größer geworden und gerade die Arbeiterbevölkerung halte mit Recht viel auf den mündlichen Verkehr mit den Beamten, was ja bekanntlich von Vortheil sei. Die Gestaltung des Bezirks Rastatt sei geradezu eine unnatürliche, er reiche von der württembergischen Grenze bis zum Rhein und umspanne den Bezirk Baden und theilweise Oos. Zu betonen sei auch, daß bei dieser Petition sämmtliche Gemeinden des ehemaligen Bezirks Gernsbach betheiligt seien, auch sei zu berücksichtigen, daß die schöne Lage Gernsbach's und des ganzen Bezirks's dazu angethan sei, die Herren Beamten anzuziehen. Angesichts der entgegenkommenden Behandlung des Bezirks Boxberg halte er es für ungerecht, wenn man über diese Petition einfach zur Tagesordnung übergehe, weßhalb er Ueberweisung zur Kenntnißnahme beantragt habe, und er hoffe, daß sowohl das hohe Haus, wie auch die Regierung sich wohlwollend dazu stellen werde.

Staatsrath Eisenlohr kann aus eigener Erfahrung nur behaupten, daß ein Bedürfniß nach einem Bezirksamt in Gernsbach nicht vorliege.

Abg. Engelberth spricht ebenfalls gegen die Errichtung des Gernsbacher Bezirksamts.

Abg. Reichert hält die Verhältnisse in Gernsbach für solche, daß die Petition empfehlend hätte überwiesen werden können. Weniger die Entfernung zum Amtssitz, als vielmehr die wirthschaftliche Lage des Bezirks Gernsbach verlange ein Bezirksamt. Keine Stadt Badens von der industriellen Bedeutung Gernsbachs sei ohne Bezirksrath. Durch die überwiegende Industrie des Bezirks komme die Landwirthschaft mehr und mehr zurück und schon im Hinblick auf die Hebung der landwirthschaftlichen Verhältnisse halte er ein Bezirksamt für nöthig. Dasselbe bringe Rastatt keinen Schaden, Gernsbach aber erhebliche Vortheile und deßhalb bitte er um Zustimmung zu dem Antrag auf Kenntnißnahme.

Abg. Birkenmeyer ist auch der Ansicht, daß womöglich nach größeren Bezirken mit mehreren Beamten gestrebt werden müsse, allein überall könne diese Regel nicht durchgeführt werden, je nach dem die Verhältnisse es verlangen, müsse man auch eine Ausnahme machen und diese sei hier am Platze schon hinsichtlich der geographischen Lage sowie der bedeutenden wirthschaftlichen Lage. Wolle sich ein Beamter namentlich um diese annehmen, so habe er genug zu thun, er finde da viel Anregendes dazu, sowie noch in manch' anderer Hinsicht sei es jedoch zu wünschen, daß die Bezirksbeamten nicht so rasch versetzt, sondern ihnen Zeit gelassen würde, sich auch gehörig einzuleben. Bei der darauf folgenden Abstimmung wird der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 18 gegen 16 Stimmen angenommen.

An Stelle des abwesenden Abg. Schweinfurth erstattet Abg. Keller Bericht über die Bitte der Stadt und Gemeinden des Bezirkes Wolfach um Wiedererrichtung einer Sektion des Wasser- und Straßenbaues in Wolfach. Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Kenntnißnahme.

Staatsrath Eisenlohr bemerkt, daß die schon früher von ihm zugesagte Prüfung in dieser Sache noch nicht beendigt sei, daß sich der Durchführung des Projektes bereits Schwierigkeiten entgegengestellt haben. Er würde die Sache jedoch weiter untersuchen.

Abg. Löffler befürwortet die Petition und den Kommissionsantrag. Die zu errichtende Sektion solle sich nicht blos auf den Bezirk Wolfach, sondern auch auf den Bezirk Triberg erstrecken. Durch diese Stelle werde dem Bezirksrath eine große Verantwortung abgenommen, da insbesondere die Lage der Stadt Wolfach durch das Zusammenströmen dreier Bergwasser eine sehr gefahrvolle sei, sei die Anwesenheit eines technischen Beamten doppelt nothwendig. Die beiden benachbarten Sektionen in Offenburg und Donaueschingen seien zu weit entfernt. Er bitte deßhalb um Zustimmung.

Darauf wird der Antrag auf Kenntnißnahme angenommen.

Am Regierungstisch erschien Ober-Regierungsrath Zittel.

Abg. Schuler erstattet Bericht über die Bitte der Gemeinden Müllheim, Badenweiler ꝛc. um Bewilligung eines Staatszuschusses zum Bau einer Straßenbahnstreckbahn von Müllheim nach Badenweiler. Die Kommission erkennt in dem Bahnbau die Beförderung eines allgemeinen Interesses an und beantragt deßhalb empfehlende Ueberweisung.

Die Abgg. Blankenhorn, Venedey und Friderich befürworten den Kommissionsantrag.

Oberregierungsrath Zittel erklärt, daß auch die Regierung dem Antrag wohlwollend gegenübersteht.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 6¼ Uhr.

Nächste Sitzung Montag 9 Uhr. Petitionen.

Karlsruhe, 20. Juni.

95. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Staatsrath Eisenlohr, Ministerialdirektor Seubert und Regierungskommissäre.

Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Berathung des Berichts der Geschäftsordnungskommission, die Aufhebung provisorischer Gesetze betr.

Abg. Lauck erstattet Bericht; es handelt sich hier um verschiedene finanz- und justiztechnische Fragen, insbesondere u. A. auch darum, ob die Festsetzung der Liegenschaftsaccise, die bisher von den Amtsgerichten besorgt wurde, nicht besser der Finanzbehörde, d. h. den Obereinnehmereien zu übertragen sei. Die Kommission beantragt, die Regierung um Abänderung des § 125 der Rechtspolizeiordnung zu ersuchen.

Staatsrath Eisenlohr ist mit diesem Antrag nicht einverstanden, weil die bisher von der Regierung erlassenen Verordnungen ihre Befugnisse nicht überschritten hätten und tritt dann eingehender den Ansichten der Kommission entgegen. Insbesondere müsse sich die Regierung das Recht vorbehalten, den Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen und die Gemeinden zur Einhaltung der im Wege der Verordnung erfolgenden Ergänzungsbestimmungen für die Ausführungen der Gesetze angehalten.

Abg. Klein-Wertheim ist ebenfalls gegen den Kommissionsantrag.

Abg. Kiefer hält hier eine gesetzliche Regelung für besser, der gegenwärtige Zustand sei illegal.

Staatsrath Eisenlohr hält den gegenwärtigen Zustand nicht für illegal, hat aber gegen eine gesetzliche Regelung nichts einzuwenden.

Abg. Gönner hält die Angelegenheit für so wichtig, daß eine längere und eingehende Berathung hätte stattfinden sollen. Er erachte es deßhalb für angezeigt, die Sache von der Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Fieser ist der gleichen Ansicht, er wünscht, daß der Bericht gedruckt, die Sache aber von der Tagesordnung abgesetzt werde.

Abg. Lohr steht auf dem Boden der Geschäftsordnungskommission, er sei dafür, daß mit diesen vielen Verordnungen, durch welche namentlich bezüglich der Farrenhaltung zu viel in die Gemeinden hineinregiert werde, aufgeräumt werde. Wenn der Minister meine, die Entfernung dieser Verordnung würde noch andere nach sich ziehen, so habe er gar nichts dagegen, es könne noch eine ganze Masse Verordnungen fallen. Das Beste sei es, wenn man den Gemeinden in der Farrenhaltung vollständig freie Hand lasse.

Abg. Kiefer bemerkt, daß das Finanzministerium die Schuld daran trage, daß der Bericht nicht mehr gedruckt werden konnte.

Ministerialrath Seubert verwahrt das Finanzministerium gegen die Vorwürfe des Abg. Kiefer, als habe es die Sache verzögert.

Abg. Kiefer hält seine Behauptung aufrecht.

Abg. Birkenmayer hält den Standpunkt der Kommission für korrekt, er habe schon bei Berathung der bezügl. Budgetberathung auf den angeregten Mißstand aufmerksam gemacht und freue sich, daß die Kommission nun seine Anschauung theile.

Berichterstatter Lauck bemerkt, daß die Kommission gemäß bisheriger Uebung den Druck des Berichtes nicht für nöthig hielt, der Zeit wegen hätte er gedruckt werden können. Nach seinen juristischen Begriffen könne die Gemeinde in Sachen der Farrenhaltung mit ihrem Eigenthum machen, was sie wolle.

Nach lebhafter Erörterung zur Geschäftsordnung von Seiten der Abg. Kiefer, Lauck, Wacker, Staatsrath Eisenlohr ꝛc. wird der vom Abg. Fieser eingebrachte Antrag auf Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung und Verschiebung bis zum nächsten Landtag angenommen.

Die Sitzung dauert fort.

Personalnachrichten.

Ministerium des Innern.

Ernannt wurde: Karl Friedrich Groß, Amtsregistrator, zum Registraturassistenten beim Ministerium des Innern. Wilhelm Häußler, Kanzleiassistent beim Ministerium des Innern, zum Expeditionsassistenten, und Philipp Pfaus, Aktuar, z. Zt. Kanzleigehilfe, zum Kanzleiassistenten beim Ministerium des Innern. Christof Lambinus, Amtsregistrator von Rastatt, wird zum Registraturassistenten beim Verwaltungshof ernannt. Friedrich Klingmann, Amtsaktuar beim Amt Karlsruhe, wird dem Amt Mieklisch zur Führung der Registratur beigegeben. Otto Jungkind, Amtsaktuar beim Amt Mieklisch, wird die Versehung der Amtsstelle des Registrators beim Amt Bonndorf übertragen.

Betraut wurde: Georg Reibig von Ostertheim, mit dem Dienst eines Schutzmanns beim Amt Karlsruhe.

Versetzt wurden: Alfred Weiler, Verwaltungsaktuar beim Amt Mannheim, zum Amt Staufen. Karl Schelling, mit dem Dienst eines Schutzmannes beim Amt Karlsruhe betraut, in gleicher Eigenschaft zum Amt Baden. Heinrich Kirchenbauer, Registrator beim Amt Bühl, zum Amt Rastatt. Michael Meyer, Registrator beim Amt Bonndorf, zum Amt Bühl. Rudolf Edelmann, Aktuar beim Amt Oberkirch, zum Amt Wolfach. Ernst Spittler, Schutzmann beim Amt Freiburg, in gleicher Eigenschaft zum Amt Baden.

Entlassen: Karl Josef Waltert, Schutzmann, auf Ansuchen beim Amt Baden.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Enthoben wurde seines Dienstes: Rechtspraktikant Dr. Eugen v. Freudorf als Amtsanwalt und Gehilfe der Großh. Staatsanwaltschaft Mannheim, Amtssitz Heidelberg, auf Ansuchen.

Ernannt wurde: Ferdinand Micharli, Registrator beim Amtsgericht Freiburg, zum Registraturassistenten beim Landgericht Karlsruhe. Georg Sigmund, Kanzleiassistent beim Großh. Landgericht Offenburg, zum Registraturassistenten bei Großh. Landgericht Mannheim. Jos. Roth, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Baden, zum Registraturassistenten bei Großh. Landgericht Mannheim. Gustav Schneider, Aktuar bei Großh. Landgericht Karlsruhe, zum Sekretariatsassistenten bei Großh. Landgericht Mannheim. Georg Krauth, Aktuar beim Großh. Amtsgericht Karlsruhe, zum Gerichtsschreiber bei Großh. Amtsgericht Walldürn. Georg Maurer, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Waldkirch, zum Gerichtsschreiber bei Großh. Amtsgericht Triberg. August Härß, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Mannheim, zum Gerichtsschreiber daselbst. Richard Schwab, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Mannheim, zum Gerichtsschreiber bei Großh. Amtsgericht Bretten. Ferdinand Krüh, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Baden, zum Registrator bei Großh. Amtsgericht Pforzheim. Leop. Ebbecke, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Heidelberg, zum Registrator daselbst. Franz Feuerstein, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Staufen, zum Registrator daselbst. Ludw. Hübschmann, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Karlsruhe, zum Registrator daselbst. Jakob Müller, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Achern, zum Registrator daselbst. Heinrich de Temple, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Pforzheim, zum Registrator daselbst. Hubert Ehrensperger, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Freiburg, zum Registrator bei Großh. Amtsgericht Mosbach. Emil Riedlin, Aktuar bei Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, zum Kanzleiassistenten daselbst. Philipp Helmstädter, Militäranwärter, Aktuar bei der Kanzlei des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, zum Kanzleiassistenten bei Großh. Landgericht Freiburg.

Etatsmäßig angestellt wurde: Gustav Krumm, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Lahr, als Aktuar daselbst. August Freymüller, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Donaueschingen, als Aktuar daselbst. Karl Buchberger, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Bühl, als Aktuar daselbst. Franz Josef Rittelmann, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Durlach, als Aktuar daselbst. Friedrich Wiegele, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Offenburg, als Aktuar bei Großh. Amtsgericht Waldkirch. Wilhelm Fleck, Aktuar bei Großh. Amtsgericht Konstanz, als Aktuar bei Großh. Amtsgericht Baden. Josef Lipp, Aktuar bei Großh. Landgericht Mosbach, als Aktuar daselbst. Adolf Frey, Aktuar beim Großh. Amtsgericht Freiburg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zugewiesen wurde: Leopold Veit, Rechtspraktikant, dem Großh. Amtsgericht Ettenheim und dem Großh. Notar Kupferer daselbst. Friedrich Schmitt, Rechtspraktikant, der Großh. Staatsanwaltschaft Mannheim, Amtssitz Heidelberg, als Gehilfe und Amtsanwalt.

Versetzt wurde: Rupert Brandner, Gerichtsschreiber bei Großh. Amtsgericht Walldürn, zu Großh. Amtsgericht Säckingen. Adolf Henninger, Gerichtsschreiber bei Großh. Amtsgericht Neckarbischofsheim, zu Großh. Amtsgericht Ettenheim. Johann Wilhelm Eisenhut, Gerichtsschreiber bei Großh. Amtsgericht Bretten, zu Großh. Amtsgericht Neckarbischofsheim. Franz Josef Erbacher, Registrator bei Großh. Amtsgericht Pforzheim, zu Großh. Amtsgericht Freiburg. Josef Blümel, Registrator bei Großh. Amtsgericht Tauberbischofsheim, zu Großh. Amtsgericht Heidelberg. Karl Askani, Registrator bei Großh. Amtsgericht Mosbach, zu Großh. Amtsgericht Tauberbischofsheim. Adolf Boppel, Aktuar bei Großh. Landgericht Karlsruhe, zu Großh. Amtsgericht Karlsruhe. Max Hüttisch, Aktuar bei Großh. Landgericht Karlsruhe, zu Großh. Amtsgericht Baden. Franz Fertig, Aktuar bei Großh. Landgericht Offenburg, zu Großh. Amtsgericht Offenburg.

Gestorben ist: Josef Becherer, Gerichtsschreiber beim Amtsgericht Triberg.

Großh. Bad. Staatseisenbahnen:

Versetzt: die Eisenbahnassistenten Karl Fortwängler in Freiburg nach Donaueschingen, Otto Fritton in Basel nach Donaueschingen, Adolf Krembs nach Schopfheim, Georg Dellinger in Basel nach Freiburg, August Buttmi in Bühl nach Mannheim und Friedrich Stephan in Waldshut nach Weizen; die Expeditionsgehilfen Eugen Steinbrenner in Grötzingen nach Bruchsal, Rudolf Hagenborn in Mannheim nach Bretten, Adam Grobe in Herbolzheim nach Baden, Wilhelm Wirth in Bretten nach Grötzingen, Alfred Hiß in Radolfzell nach Herbolzheim, Karl Müller in Hirschhorn nach Mannheim, Friedrich Stalher in Neckargemünd nach Hirschhorn, Wilhelm Blank in Rosenberg nach Seckach, Josef Konrad in Seckach nach Neckargemünd und Ludwig Lohr in Neuhausen nach Basel.

Großh. Gensdarmerie-Korps.

Entlassen wurden: die provisorischen Gendarmen Wilhelm Schill und Friedrich Otto Lange auf ihr Ansuchen wieder in ihre Truppentheile zurückversetzt.

Großh. Steuerverwaltung.

Ernannt wurden: zu ersten Gehilfen die Finanzassistenten Emil Burger bei Großh. Hauptsteueramt Freiburg, Ludwig Reuther bei Großh. Hauptsteueramt Baden, Friedrich Hochschild bei Großh. Hauptsteueramt Lahr, Gustav Ruhn bei Großh. Obereinnehmerei Sinsheim, Alb. Gattung bei Großh. Obereinnehmerei Bruchsal, Rudolf Groß bei Großh. Obereinnehmerei Offenburg; zum Steueraufseher August Schnepf, Gendarm in Wehr, nach Freiburg.

Mit Versehung von Steueraufseherstellen wurden betraut und stationirt: die nicht etatmäßigen Steuereinnehmereigehilfen Franz Josef Tröndle in Heidelberg nach Heidelberg, und Heinrich Breuneisen in Mannheim nach Wertheim.

Versetzt wurden: August Strittmatter, Buchhalter in Bruchsal, an Großh. Hauptsteueramt Freiburg, Bernhard Seitz, Steueroberaufseher in Säckingen, nach Pforzheim und Karl Gustav Beck, Steueroberaufseher in Rheinbischofsheim, nach Säckingen zur Versehung der Stelle des Steueroberaufsehers daselbst; ferner die Steueraufseher Franz Wieber in Appenweier nach Rheinbischofsheim, Josef Walter in Heiligenberg nach Appenweier, Wendelin Dreher in Görwihl nach Heiligenberg, Anton Bittelbrunn in Wertheim nach Görwihl, Franz Xaver Buß in Walldürn nach Neckargemünd, Karl Heinrich Schmidt in Offenburg nach Walldürn, Cleophas Weizenegger in Waldkirch nach Offenburg, Georg Albiez in Kirchgarten nach Waldkirch, Augustin Sud in Heidelberg nach Kirchgarten, Kasimir Föhringer in Schopfheim nach Langenbrücken, Andreas Vogt in Staufen nach Schopfheim, Moritz Taufenbach in Engen nach Staufen, Robert Laier in Möhringen nach Engen, Wilhelm Künzel in Pforzheim nach Möhringen, Julius Kopp in Achern nach Lichtenau, Michael Karle in Riegel nach Achern, Georg Keiler in Tauberbischofsheim nach Riegel, Mathäus Junker in Freiburg nach Meßkirch, Johann Brühmüller in Boxberg nach Bruchsal und Friedrich Keller in Bruchsal nach Boxberg.

Schulwesen.

A. Mittel- und Gewerbeschulen.

1. Versetzungen:

Dr. Robert Ad. Klett, Lehramtspraktikant und Volontär an der Realschule in Heidelberg, als etatmäßiger Praktikant an das Progymnasium in Durlach.

2. Gestorben:

Ludwig Ernst Otto Kühlewein, Lehramtspraktikant.

B. Volksschulen.

Versetzungen und Ernennungen.

Christian Graf, Unterlehrer in Ludwigshafen, als Hilfslehrer nach Umkirch. Luise Graf, Unterlehrerin in Seelbach, als Unterlehrerin nach Möhringen. Otto Keller, Unterlehrer in Möhringen, als Unterlehrer nach Forchheim, Amt Emmendingen. Matthäus Müller, Hilfslehrer in Aftholderberg, als Unterlehrer nach Göggingen. Philipp Müller als Unterlehrer nach Ludwigshafen. Johann Pfister, Hilfslehrer in Worndorf, als Unterlehrer nach Pfaffenweiler. Johann Andreas Schupp, Hilfslehrer in Schatthausen, als Schulverwalter nach Obrigheim. Franz Trunk, Unterlehrer in Pfaffenweiler, als Unterlehrer nach Buchheim.

Lokales.

Karlsruhe, 20. Juni.

* **Das Abschiedsfest**, welches die hiesigen Katholiken den verdienten Centrumsabgeordneten zu Ehren veranstalten, wird, wie schon in voriger Nummer bemerkt, morgen Dienstag Abend acht Uhr im großen Saale der „Burg Zähringen“ stattfinden. Die Fraktion hat ihr Erscheinen zugesagt, alle Vorbereitungen sind getroffen und es stehen ebenso interessante wie gemüthliche Stunden bevor. Ohne auf das Programm näher einzugehen, wollen wir nur bemerken, daß die Vorträge einer Musikkapelle, eines Sängerchors, sowie einzelner Solisten mit den verschiedenen Reden und Trinksprüchen abwechseln werden. Alle Centrumsangehörige aus Stadt und Umgebung sind freundlichst eingeladen und es ist nicht zu zweifeln, daß das Fest, wie es den verehrten Mitgliedern der badischen Centrumsfraktion zur Ehre gereichen und ihnen den Dank und die Anerkennung der hiesigen Katholiken bekunden soll, auch als eine glänzende Manifestation des katholischen Lebens in der Residenz sich ergeben wird.

Neueste Nachrichten.

Monza, 20. Juni. Ihre Majestäten der König und die Königin von Italien sind in Begleitung des Ministers des Auswärtigen nebst Gefolge gestern Nachmittag 4 Uhr nach Potsdam abgereist. Die Spitzen der Militär- und Civilbehörden und andere hervorragende Persönlichkeiten waren am Bahnhofe anwesend. Auf der Fahrt vom Palais nach dem Bahnhofe wurden die Majestäten enthusiastisch begrüßt. Die Stadt hat festlich geflaggt.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 18. Juni. Fleischpreise auf der Fleischbank des Wochenmarktes. Anwesend waren 8 Fleischverkäufer, welche verkauften: das Kuhfleisch zu 50, 56 Pfg., Rindfleisch 60, 64, 66, 68 Pfg., Schweinefleisch 64, 66, 68 Pfg., Kalbfleisch 64, 66, 68 Pfg., Hammelfleisch 60, 70 Pfg. — Marktpreise in der Woche vom 11. ds. bis 18. ds. Mts.: Viktualien: Fleisch: 500 Gramm Ochsen 64, 72 Pfg., Rind 64, 68 Pfg., Hammel 60, 70 Pfg., Schweine 64, 68, geräuchert 85 Pfg., Kalb 64, 68 Pfg.; Brod: 450 Gr. weißes 19, 1400 Gr. schwarzes 44 Pfg.; Mehl: 500 Gr. weißes 24, schwarzes 20 Pfg., 1 Liter Erbsen 18 Pfg., Bohnen 18 Pfg., Linsen 30 Pfg., 500 Gr. Reis 32 Pfg., Gerste 28 Pfg., Gries 24 Pfg., 50 Kilo Kartoffeln 3.80 Mk., 500 Gramm Butter 1.20 Mk., Rindschmalz 1.30 Mk., Schweineschmalz 80 Pfg., 1 Liter Milch 18 Pfg., 6 Stück Eier 36 Pfg., 1 Liter saurer Rahm 80 Pfennig. — Sonstige Naturalien: 1. Klftr. Waldbuchenholz 42.—, Waldtannenholz 32.— Mk., 50 Kilo Heu 3.50, Stroh 2.35 Mk. Fische: 500 Gramm Aal 1.20 Mk., Bärsch 50 Pfg., Hecht 1.20 Mk., Bresen 50, Milben 50 Pfg., Karpfen 0.—, Schleien 0.— Mk., Rothaugen 30, Koretsch 40, Schellfische — Pfg.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 17. Juni. Johann Oelschläger von Bretten, Lackier hier, mit Julie Röckle von Vaihingen. — Ewald Kaletzky von Altena, Schlosser hier, mit Luise Schilhorn von hier. — Wilhelm Wild von Langenarmach, Bierbrauer hier, mit Theresia Zapf von Jundweier. — Anton Bonin von München, Bildhauer hier, mit Friederike Nehlen von Nördlingen.

Eheschließungen: 18. Juni. Jakob Wippes von Diedelsheim, Glaser hier, mit Emma Fleck von hier. — Ludwig Pfefferle von hier, Kaufmann hier, mit Luise Ohnimus von hier. — Ernst Hamm von Auerbach, Bäcker hier, mit Elisabeth Dernbach von Brückenau. — Leopold Mayer von hier, Schlossermeister hier, mit Emma Schreiber von hier. — Ludwig Krauß von Nußheim, Steinschleifer hier, mit Josefine Weick von hier.

Todesfälle: 17. Juni. Paula, alt 5 Monate 26 Tage, Vater Wilh. Mangold, Metzgermeister. — Bertha, alt 1 Monat 14 Tage, Vater Otto Eisele, Mechaniker.

Auswärtige Todesfälle.

Altstädten: Viktoria Ganter, geb. Mutter, 64 J.
Bingen: Marie Kaufmann, 19½ J.
Pforzheim: Katharina Hoheisen, geb. Kollmar.
Waldshut: Friedrich Meyer, Obermüller.

Freie Conferenz!

im Vereinshause zu Offenburg Donnerstag, den 23. Juni, Nachmittags 2 Uhr, wozu die hochwürdigen Herren Geistlichen, besonders diejenigen der Kapitel Lahr und Offenburg, eingeladen werden.

Gegenstand der Besprechung ist: Die vollständige Einführung des neuen Gesangbuches.

Friesen, den 11. Juni 1892.

Weiß, Dekan.

P!

Der katholische Studentenverein *Palatia* erlaubt sich, seine w. E. M. E. M. E. Ph. E. Ph. A. H. A. H. I. A. I. A. Aktiven und Kartellbrüder zu dem am **24., 25.** und **26. Juni** stattfindenden

XX. Stiftungsfeste

ganz ergebenst einzuladen.

Heidelberg, im Juni 1892.

I. A. d. A. C.:
Wilh. Fritzen, XX
stud. jur.

A!

Die kath. Studentenverbindung **Arminia** beehrt sich, ihre werthen H. H. Ehrenmitglieder, l. l. Philister, i. a. i. a. e. l. e. l. und Kartellbrüder zu ihrem am **10., 11.** und **12. Juli** stattfindenden

5jährigen Stiftungs-Feste

geziemend einzuladen.

Heidelberg, 18. Juni 1892.

I. A.:
Mittermüller, XXX

Lourdes-Wasser

kann in Empfang genommen werden **Rüppurrerstraße Nr. 90.**

Frau Richter.

Kassenschränke,

in nur bester Qualität bei 100.1?

Wilh. Schindler,
Karlsruhe, Hirschstraße 42.

F. Guthörle,

26 Kreuzstraße 26,

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in **Garnituren, Divans, Chaises-longues, Sophas** in allen Façons, **Fauteuils** mit und ohne Einrichtung, vollständige **Schlafzimmereinrichtung, Spiegel-Schränke, Chiffonnieres, Bücherschränke, Wasch-** und andere **Kommoden, Nachttische, Ausziehtische, Ovaltische, Vorhangstangen** und **Rosetten u. s. w.** 20.7

Wasch- und Wurstkessel,
transportable, empfiehlt billigst
Leopold Meess,
22 Douglasstraße 22.

Herder'sche Verlagshandlung, Freiburg im Breisgau.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Dreher, Dr. Th., **Beichtbüchlein** für christliche Kinder. Mit Approbation des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg. Zweite, vermehrte Auflage. 32°. (VI u. 68 S.) Geb. in Kalbleder-Imitation mit Rothschnitt 25 Pf.

Schmitt, Dr. J., **Erklärung des mittleren Deharbeschen Katechismus** zunächst für die mittlere und höhere Klasse der Elementarschulen. Mit Approbation und Empfehlung des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg. Achte Auflage. Drei Bände. 8° (XL u. 2002 S.) M. 15; geb. in Halbfranz M. 19 20.

I. Bd.: Von dem Glauben. (XVI u. 612 S.) M. 4.60; geb. M. 6.
II. Bd.: Von den Geboten. (XII u. 686 S.) M. 5; geb. M. 6.40.
III. Bd.: Von den Gnadenmitteln. (XII u. 704 S.) M. 5 40; geb. M. 6.80.

Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt**
und deren **Agentur** in **Karlsruhe**, Herrenstraße 34.

Moment-Aufnahmen

der **ersten Frohnleichnamsprozession von der Liebfrauenkirche** sind zu haben das Bild zu **Mark 2.**— und nehmen Bestellungen hierauf entgegen die Herren: Posamentier **Werner**, gegenüber der Liebfrauenkirche; Kaufmann **Hermann Burkart**, Werderstraße 61; Buchbinder **Franz Zirk**, Schützenstraße; Buchbinder **Dorer**, Erbprinzenstraße, sowie die **Expedition des „Bad. Beobachters“**, Adlerstraße 42. 3.1

Wilhelm Meister, Photograph.

Vierteljährlich (6 Nummern) Preis 1 Mk.

Reich illustrirt. — Schön ausgestattet.

Illustrirte Familien-Zeitung.

Enthält 9 Bogen Text bestehend aus Novellen, Künstlerbiographien mit Porträts, musik-pädagogische und -literarische Aufsätze, Berichte über Concert- und Theater-Novitäten, krit. Winke über neue Bücher und Musikalien, Heiteres &c.

Musik-Beilagen: 16 Groß-Quartseiten Klavier-, Violin- und Cellostücke, Lieder &c. (auf starkem Papier). Extra-Beilage: 16 Gr.-Oktavseiten von Dr. Svoboda: Illustr. Musikgeschichte.

Carl Grüninger, Stuttgart.

Probe-Nummern gratis und franko vom Verleger.

Abonnements auf die „Neue Musik-Zeitung“ nehmen sämmtliche Buch- und Musikalienhandlungen, sowie Postanstalten entgegen.

Größte Auswahl von Kragen und Manschetten.

Größtes Sortiment in Cravatten und Plastr.

Taschentücher, reguläre u. Bielefelder Fabrikat.

Wäsche-Fabrik
S. Lämmle, Karlsruhe,
Kaiserstraße 74.

Billigste Bezugsquelle für gute Herrenhemden.

Anfertigung nach Maaß unter Garantie für Sitz und Qualität.

Anfertigung und Lager
von
Damen- u. Kinderwäsche.

Preisliste gratis und franko.

Streng feste, sehr billige Preise.

Bad- und Luftkurort Kirnhalden

im badischen Schwarzwald.

900 Fuß über dem Meere. Eisenbahnstation Kenzingen.

Reizende, geschützte Lage inmitten üppiger Buchen- und Tannenwaldungen, kräftige Bergluft, angenehme Ausflüge; schöne Gartenanlagen. Das Anwesen ist durch Neubau bedeutend vergrößert und allen Anforderungen genügend. Bade-Einrichtung entsprechend den jetzigen Heilverfahren, Mineral-, Fichtennadel-, Sool- und Salzbäder, elektrische und Dampfbäder, Douchen, Milch- und Molkenkuren. — Kur- und Speisesaal, Billard-, Musik und Lesezimmer. Kegelbahn. Jagd und Fischerei. **Pension** 3 bis 5 Mark incl. Zimmer. Familienwohnungen billigst. — Saisondauer Mai bis Oktober. Im Mai, Juni und September ermäßigte Pensionspreise. Arzt, Post und Telegraph im Hause. Telephonverbindung mit Kenzingen. Auf Bestellung Wagen an der Bahn. Prospekte und nähere Auskunft ertheilt **der Besitzer J. Ganss.**

Allerbilligste Bezugsquelle

für **Tuche, Satins, Croisé, Kammgarn-** und **Soutanstoffe** (engag. Fabrikat).

Prima-Referenzen! ● Jedes Maaß! ● Proben frei!

Tuchmanufaktur Aug. Holzherr,
26 **Rottenburg** (Württemberg).

Vergolder August Mülthaler,
Steinstraße 14,
zwischen Kronen- und Adlerstraße,

empfiehlt sich im **Einrahmen von Bildern** jeder Art mit einer großartigen Auswahl der neuesten und besten Gold-, Politur- und Holzrahmen, welche ich auch zum Wiederverarbeiten an Glaser und Schreiner zum billigsten Fabrikpreis empfehle.

Ferner bringe mein unübertroffen großes Lager in **Spiegeln** und **Vorhangstangen** in gewöhnlichen und feinsten Sorten in empfehlende Erinnerung.

Neuvergolden alter Spiegel- und Bilderrahmen, Möbel &c. solid und billig. 40.10

I. Karlsruher Hut-Bazar,
Josef Goldfarb,
32 Kriegstraße 32, gegenüber dem Hauptbahnhof,
neben Hotel National und Bahnhof-Hotel.

Herren-Filzhüte, das Neueste,
in allen Farben und Formen, größte Auswahl,
jeder Hut 2.50 Mk. jeder Hut.
Knaben-Hüte 1.50 bis 2 Mk. die feinsten.
Sonnen- und Regenschirme von 2.50 Mk. bis zu den feinsten.
Feste Preise. Reelle Bedienung.

Karl Goldmann,
Schuhmacher,
227 Kaiserstrasse 227,
KARLSRUHE,

hält sich zur Anfertigung nach Maaß, auch für die empfindlichsten Füße bestens empfohlen.

Mein **Lager** von allen Sorten **Schuhen** und **Stiefeln** ist reichlichst assortirt. 9

Reparaturen schnell und billigst.

Ehe-Andenken,

100 Stück 1 Mk. 50 Pf.,

empfiehlt die

Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe.

Bauarbeiten-Vergebung.

Zur Wiederherstellung des katholischen Pfarrhauses zu **Stupferich**, A. Durlach, sollen zur Ausführung im Verding gegeben werden:

	im Anschlag zu Mark
Maurerarbeit	393.26
Zimmerarbeit	19.13
Schreinerarbeit	80.52
Schlosserarbeit	31.35
Tüncherarbeit	58.70
Pflästererarbeit	56.—

Nach Prozenten der Kostenberechnung auszudrückende Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen sind schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens

den 30. Juni ds. Js.,
Vormittags 10 Uhr,

bei katholischem Stiftungsrath in Stupferich postfrei einzureichen.

Die Kostenberechnungen und Bedingungen sind im katholischen Pfarrhause daselbst zur Einsicht aufgelegt.

Karlsruhe, den 18. Juni 1892.

Erzbischöfliches Bauamt:
2.1 Williard.

Herzliche Bitte.

Junger Mann (einzige Stütze seiner Eltern), welcher in Folge eines hartnäckigen Lungenleidens seine Studien und jeglichen Beruf aufgeben mußte, beabsichtigt, in einer längeren Kur bei hochw. Herrn Pfarrer Kneipp in Wörishofen vollständige Heilung zu suchen, wenn edle Menschenfreunde ihm die etwa 3—500 M. betragenden Kosten decken würden. Zur Uebermittlung der Gaben sub spes unica erklärt sich bereit die Exped. d. Bl.

Brautkränze, Hutbouquets,
Phantasie- u. Schmuckfedern
empfiehlt
W. Eims Nachfolger,
Adlerstraße 7.

Katholischer Kaufmännischer Verein
„Fidelitas“.

Der heutige Vereinsabend fällt aus und werden die Mitglieder ersucht, sich an der Abschieds-Feier der Centrumsabgeordneten in der „Burg Zähringen“ zu betheiligen.

Der Vorstand.

Colosseum-Theater.

Montag, 20. Juni:
Der Mann im Mond.
Große Gesangs-Posse in 5 Bildern.
Anfang ½8 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: J. Küttgers. — Für Haus- und Landwirthschaft, Handel u. Inserate: H. Vogel. Beide in Karlsruhe.

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstr. 42. H. Vogel, Direktor.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg